Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 294. Sonnabend, den 15. Dezember 1917. 24. Jahrg.

Der Kampf um die Rohstoffe.

Die russische Delegation für die Waffenstillstandsverhandlungen ist wieder im Hauptquartier Ost eingetroffen und nimmt die Verhandlungen, wie die Leninistische Regierung mitteilt, mit dem Entschluß wieder auf, sie zum Abschluß zu bringen. Zugleich dementiert die russische Regierung die von der Reaktion verbreiteten Gerüchte, daß Deutschland die Besetzung Petersburgs, die Abtretung Finnlands oder die Zurücknahme der Front um 100 Werst gefordert hätte. In Deutschland wird kaum jemand geglaubt haben, daß die deutsche Regierung zur Sicherstellung der Waffenruhe irgend welche harten oder demütigenden Bedingungen stellen könnte. Danach darf man sich wohl der Zuversicht hingeben, daß die Verhandlungen fortschreiten und binnen kurzem zu erfolgreichem Abschluß gelangen werden.

Während dieser Vorgänge im Osten berät das englische Unterhaus eine Vorlage über den Verkehr mit nicht eisenhaltigen Metallen, der die deutsche Arbeiterklasse gar nicht genug Aufmerksamkeit schenken kann. Windet man sich aus dem formalen Paragraphengestrüpp heraus, so handelt es sich sachlich darum, daß der Handel mit Kupfer, Zink, Blei und Aluminium auch nach dem Kriege unter englischer Regierungskontrolle bleiben soll.

Zur Begründung des Regierungsentwurfs führte der Schatzkanzler Bonar Law aus, daß England im Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten vorgehe. Es handle sich nicht um Vorbereitung des Wirtschaftskrieges, sondern lediglich um Bereitstellung der Waffen, welche Deutschland die Aussichtslosigkeit seiner Anstrengungen zeigen sollten. Die stärkste dieser Waffen sei die Herrschaft der Alliierten über die Rohstoffe. Die Beschaffung von Rohstoffen werde am Schlusse des Kriegs die Hauptfrage sein. Die Alliierten müßten zuerst sich selber versorgen, und Deutschland müsse wissen, daß je länger der Krieg dauere, um so weniger Rohstoffe ihm zur Verfügung gestellt werden könnten.

Hier ist endlich der Kern der Gefahr enthüllt, die Deutschland bedroht. Für unsere Alldeutschen ist das Problem einfach. Sie wollen den Krieg solange fortsetzen, bis die Feinde wehrlos am Boden liegen und die deutschen Bedingungen annehmen müssen. Dann wollen sie ihnen auf ein Menschenalter hinaus ungeheure Kontributionen an Kupfer, Baumwolle und Kautschuk, an allen Rohstoffen auferlegen, die Deutschland braucht. Denn: „der Sieger ißt zuerst".

Wir halten nach einem bekannten Scheidemann-Wort den für einen Narren, der an einen solchen Sieg glaubt. Wir treten aber auf der andern Seite für einen Frieden ein, der Deutschland volle Entwicklungsfreiheit sichert. Diese beruht darauf, daß wir nicht von den Rohstoffquellen abgeschnitten werden. In gewissem Sinne ist diese Abschneidung aber schon vollzogene Tatsache. Die Herrschaft über Baumwolle, Kupfer, Oelnüsse und Oelkuchen haben entweder amerikanisch-englische Syndikate, oder wo diese nicht in voller Geschlossenheit zusammenkamen, die uns feindlichen angelsächsischen Regierungen selbst angetreten. Wie wollen wir uns dagegen schützen? Wie sollen wir Deutschland seinen unentbehrlichen Rohstoffbezug sichern?

Die Handelskreise in Deutschland, deren Wortführer Herr Helfferich gewesen ist, haben sich die Antwort darauf äußerst leicht gemacht, ebenso leicht wie die Alldeutschen. Sie haben gemeint, kaufen und verkaufen werde die Welt immer, die anderen Länder brauchten ja auch deutsche Produkte. Das sind oberflächliche Redensarten. In Wahrheit ist die Lage Deutschlands und die seiner Feinde ganz verschieden. Wir brauchen unbedingt sofort nach Friedensschluß Rohstoffe in großen Mengen, wenn die deutsche Friedensindustrie überhaupt wieder in Schwung kommen, wenn nicht eine ungeheure Arbeitslosigkeit unser ganzes wirtschaftliches und politisches Leben heillos zerrütten soll. Die anderen können warten; für einen großen Teil der deutschen Industrieprodukte haben sie sich während des Krieges überhaupt schon Ersatz geschaffen; der Rest umfaßt wenig Unentbehrliches. Wenn sie uns deshalb schon nach dem Wortlaut des Friedensvertrages nicht vom Rohstoffbezug ausschließen könnten, könnten sie uns doch Preise abnehmen, daß uns darüber Hören und Sehen verginge. Dann bezahlten wir nachträglich an die anglo-amerikanischen Rohstoff-Syndikate auch ohne Kontributionen zu unseren Kriegskosten noch die Kriegskosten der Feinde doppelt und dreifach. Dann würden wir trotz aller Siege auch nach einem an sich anständigen Frieden schwer leiden müssen.

Gegen diese Gefahr gibt es nur dann eine Rettung, wenn die deutsche Wirtschaft auch nach dem Kriege planmäßig organisiert wird. Zunächst muß Deutschland seinen Bedarf an ausländischen Rohstoffen so stark wie möglich herabdrücken. Alle einheimischen Rohstoffquellen und Ersatzstoffe müssen ohne Rücksicht auf die rein kapitalistische Rentabilität auch nach dem Kriege voll ausgenutzt werden. Das natürliche Monopol auf Kali, das Deutschland besitzt, muß zu einer Waffe in der Hand der Regierung werden, um eine übermäßige Ausnutzung der natürlichen Monopole zu verhindern, über welche in viel größerer Zahl die Feinde verfügen. Kohle und Erz muß sich Deutschland auch ohne Annexionen zu sichern, daß seiner Versorgung auf diesen Gebieten keinerlei Gefahr droht. Eigene Kolonien in größerem Umfang müssen im Laufe ihrer allmählichen Erschließung dazu beitragen, den Rohstoffvorrat der Welt zu vergrößern und uns von der monopolistischen Alleinherrschaft Amerikas und der englischen Kolonien zu befreien. Alle diese Sicherungen lassen sich nur erreichen, wenn Deutschland auch die Fortsetzung des Kampfes, welche die Entente uns aufzwingt, siegreich besteht. Ohne das wäre das deutsche Wirtschaftsleben und damit die Zukunft des deutschen Sozialismus rettungslos verloren. Aber Siege allein genügen nicht. Wie Scheidemann in seiner glänzenden Würzburger Rede gesagt hat — sie ist jetzt als Broschüre erschienen und sollte möglichst jedem Deutschen ins Haus getragen werden — fällt die Entscheidung über die deutsche Zukunft letzten Endes erst nach Friedensschluß. Wenn jedem einzelnen Kapitalisten freisteht, einzuführen und auszuführen, was ihm beliebt, an Rohstofen zu verwenden, woran er am meisten zu profitieren vermeint, wenn jeder Konsument kaufen und verbrauchen kann, was ihm am besten gefällt, geraten wir in eine hoffnungslose Abhängigkeit von jenen einheitlich verwalteten feindlichen Rohstofflagern, die eben jetzt in vollendeter Bewirtschaftung angelegt werden. Nur wenn die in Deutschland und seine Kolonien vorhandenen Rohstoffe möglichst restlos zur Verfügung und unter Kontrolle der Allgemeinheit stehen, nur wenn die Ausgabe und Verwendung der Rohstoffe planmäßig und einheitlich geleitet wird, und unsere Abgabe wie unser Bezug von Rohstoffen, genau so im Frieden wie jetzt im Krieg, von der Regierung bestimmt werden, nur dann kann sich das deutsche Wirtschaftsleben erholen. Beim Verständigungsfrieden wird der Sozialismus sofort eine nationale Notwendigkeit, der sich Deutschland nur bei Strafe seiner wirtschaftlichen Vernichtung entziehen kann.

Das lehrt jetzt wieder der Gesetzentwurf über die nichteisenhaltigen Metalle und seine Verhandlung im Unterhaus.

Die Kriegslage.

In Flandern richtete am Morgen des 13. Dezember der Feind mehrere Feuerüberfälle gegen unsere Stellungen östlich Paschendaele und in Gegend Becelaere-Gheluvelt. Vom Mittag ab steigerte sich das Feuer vom Houthoulster-Walde ab bis Hollebeke mit besonderem großen Munitionsaufwande auf unsere Stellungen nördlich Hollebeke. Nördlich Dixmuide und südlich Blankaartsee wurden in der Nacht vom 12. zum 13. Dezember unter erheblichen Verlusten feindliche Patrouillen abgewiesen.

Auf dem Abschnitt westlich Cambrai und den angrenzenden Fronten wiederholte die feindliche Artillerie im Laufe des 13. Dezember ihre heftigen Feuerüberfälle. 5 Uhr nachmittags erfolgte ein englischer Gegenangriff auf unsere neuen Stellungen östlich Bullecourt, der unter hohen Feindverlusten abgewiesen wurde. Gefangene wurden einbehalten. Beiderseits der Straße Arras-Cambrai, bei La Vacquerie und südlich St. Quentin war das feindliche Störungsfeuer im Laufe des Nachmittags zeitweise lebhafter. Südlich Pronville wurde eine Anzahl Gefangener eingebracht. Desgleichen waren bei mäßiger feindlicher Artillerietätigkeit eigene Stroßtrupps südlich Juvincourt erfolgreich. Sie brachten 9 Gefangene und ein Maschinengewehr als Beute ein.

Oestlich der Maas lebte die feindliche Artillerietätigkeit tagsüber und in den Abendstunden zeitweise auf. Die Fliegertätigkeit war rege. Ein feindlicher Fesselballon wurde abgeschossen.

Der gestern nachmittag im Eiffelturmberichte erwähnte deutsche Vorstoß im Caurieres-Walde ist wieder einmal frei erfunden.

*

Berlin, 14. Dezember, abends. (Amtlich.)
Ein italienischer Angriff gegen den Monte Pertica ist gescheitert. Einige hundert Gefangene blieben in unserer Hand.
Von den anderen Fronten nichts Neues.

*

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Berlin, 14. Dezember. (Amtlich.) Am Vor- und Nachmittag des 13. Dezember fanden in Brest-Litowsk Vollsitzungen statt, in denen die einzelnen Punkte der beiderseitigen Waffenstillstandsentwürfe den Gegenstand eingehender Beratungen bildeten. Am 14. Dezember werden die Verhandlungen fortgesetzt.

*

Wien, 14. Dezember. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Waffenruhe. Die Waffenstillstandsverhandlungen dauern an.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Zwischen Piave und Brenta lebte die Kampftätigkeit wieder auf.

Rußland.

Der Verlauf der ersten Konstituante-Sitzung.

„Daily News" melden aus Petersburg: „Vierzig Mitglieder der konstituierenden Versammlung sind am Dienstag im Taurischen Palast zusammengekommen. Sie beschlossen, keinerlei Beziehungen mit den Kommissaren anzuknüpfen, die die Volkskommissare zur Verfügung gestellt haben. Der Moskauer Bürgermeister Oeffner führt das Präsidium. Es wurde beschlossen, die Versammlung sofort zu eröffnen, aber da nicht genügend Mitglieder anwesend waren, keine ordentliche Sitzung abzuhalten. Die Sitzung, die am Sonntag stattfand, erfolgte unter Leitung des Petersburger Bürgermeisters Skreider. In der Versammlung wurde gegen die **Verhaftung mehrerer bekannter Kadetten Protest erhoben.** Man kam überein, daß die Versammlung sich auf den Standpunkt stellen soll, nicht ihre Freilassung zu verlangen, da dies die Anerkennung der Macht der Bolschewisten bedeuten würde, sondern eine Erklärung abzugeben, daß sie trotz ihrer Verhaftung als frei anzusehen seien, und daß sie nur durch rohe Gewalt festgehalten würden. Es wurde eine Kommission ernannt, die eine Kundgebung an das Volk verfaßte, worin der Verlauf der ersten Sitzung bekanntgemacht und der Protest gegen die Verhaftung der Kadetten publiziert wurde. Inzwischen wurde eine zweite Kommission ernannt mit der Aufgabe, die **Regelung der internen Angelegenheiten der Versammlung,** die Zusammenstellung eines Geschäftsbureaus, eines Präsidiums und anderer interner Angelegenheiten zu übernehmen. Während der Sitzung erschien ein **Regierungskommissar der Bolschewisten** und verlangte, daß Sitzungen lediglich in seiner Anwesenheit stattfinden dürften, andernfalls würde er alle anwesenden Mitglieder verhaften oder entfernen lassen. Da die Mitglieder der Konstituante dem nicht beistimmten, **wurden Soldaten geholt. Der Kommissar befahl den Soldaten, die Mitglieder zu entfernen. Diese aber weigerten sich ebenfalls,** und die Mitglieder setzten ihre Besprechungen fort. Denkow hielt eine Rede, worin er verlangte, daß die konstituierende Versammlung sofort die ganze Staatsgewalt übernehmen sollte, und daß sie allein die Befugnis habe, Frieden zu schließen und den Landbesitz unter die Bauern zu verteilen. Es wurde beschlossen, täglich zusammenzukommen. Inzwischen hatte sich **außerhalb des Palastes eine Volksmenge von etwa 100 000 Menschen versammelt.** Mehrere Mitglieder der konstituierenden Versammlung hielten Reden, worin sie um Unterstützung des Publikums für die konstituierende Versammlung baten. Eine große Begeisterung wurde hervorgerufen durch die Rede eines Offiziers der Letten, welche von den Bolschewisten nach Petersburg überbracht waren, weil man sie für zuverlässig ansah. Unter großer Begeisterung führte der Offizier aus, daß die Letten nicht gekommen wären, um die konstituierende Versammlung aufzulösen, sondern um die Ordnung aufrecht zu erhalten und die konstituierende Versammlung zu schützen. Im Laufe des Mittags meldeten sich mehrere Abordnungen im Taurischen Palaste. Der Tag ist ruhig vorbeigegangen. Mehrere Straßen sind geflaggt."

*

Kämpfe zwischen Maximalisten und Kosaken.

Reutermeldung: Ein Vertreter der Regierung telegraphiert, daß die maximalistischen Truppen Tamarowia Kaluga besetzten, Kornilows Stoßtruppen entwaffneten und gefangen nahmen und die revolutionäre Gewalt wiederherstellten. Der Kommissar der Schwarzenmeeer-Flotte verlangt telegraphisch die sofortige Entsendung aller Schwarzenmeer-Abteilungen mit zahlreichen Maschinengewehren und teilt mit, daß die Truppen der Kadetten Rostow mit Panzerautos angreifen.

Nach einer Petersburger Meldung des „Corriere della Sera" hat man neuerdings im Kaukasus zu kämpfen begonnen. Mehrere eingeborene Stämme haben sich gegen die Kosaken erhoben und diese in eine schwierige Lage gebracht. Die Kosaken haben Kaledin um Hilfe gebeten, doch sei Kaledin an anderer Stelle noch sehr engagiert und könne keine Truppen entbehren.

Laut „Morning Post" wurden die Kornilow entgegengesandten maximalistischen Truppen geschlagen. Die Rote Garde soll vernichtet sein. Die Truppen Kaledins und Kornilows haben sich vereinigt.

*

Neue Einladung an die Alliierten.

Die „Daily News" meldet: Die bolschewistische Regierung hat unter der Angabe, daß sie den Verpflichtungen gegen die Alliierten treu bleiben wolle, einen Aufruf an die Kriegführenden gerichtet, in dem sie diese zu Besprechungen auf Grundlage der russischen Friedensformel einladet.

*

Besitzergreifung des Endpunktes der sibirischen Bahn durch die Japaner.

Zur Besetzung von Wladiwostock durch die Japaner meldet Echo de Paris: Da die Maximalisten den Japanern und

Alliierten gefährlich werden, haben die Japaner im Einverständnis mit Amerika von den Munitionsvorräten und allen Warenbeständen, sowie vom Endpunkt der sibirischen Bahn Besitz ergriffen. Dadurch wird es zahlreichen deutschen und österreichisch-ungarischen Gefangenen, die in Wladiwostock arbeiteten, unmöglich, zu entkommen.

England.

Der Kampf der englischen Regierung gegen die Pazifisten.

Die britische Regierung ergreift gegen die wachsende Pazifistenbewegung und Friedenspolitiker nunmehr sehr scharfe Maßregeln. In England spielt sich jetzt der Endkampf zwischen den Politikern, die den Frieden wünschen, zu denen auch Asquith gehört und dem Kabinett ab, das vermutlich trotz aller kraftesten Mittel abtreten wird. Fällt Lloyd George, so wird die Northcliff-Presse auch eine Friedenskampagne eröffnen. (?)

*

Eine zeitgemäße Anfrage.

Nach einer Reutermeldung fragte im Unterhause der radikale Abgeordnete King an, ob die Alliierten weiterhin beabsichtigen weder während des Krieges noch nachher die **territoriale Integrität, die Flußrechte und den Kolonialbesitz der Niederlande zu verletzen?** Cecil antwortete: Weder jetzt noch früher bestand die Absicht, irgendwie die Unabhängigkeit und die Unversehrtheit Hollands und seiner Besitzungen zu beeinträchtigen.

Da der Abgeordnete King bei Besprechung der Kreditvorlage — wie Reuter vorsichtig sagt — „gewisse Seiten der Auswärtigen Angelegenheiten" unter lautem Einspruch behandelte, wurde auf Veranlassung von Lord Robert Cecil in einer allerdings nur kurzen Geheimsitzung weiter verhandelt. Die Ausführungen Kings müssen also schon recht unangenehmer Art für die Regierung gewesen sein.

Italien.

Aus der italienischen Kammer.

Die italienische Presse meldet: Die in der Kammer eingebrachte Tagesordnung Giacomo Ferres verlangt die **schärfste Bestrafung der an der Katastrophe an der Front schuldigen Personen,** auch derjenigen, die die Verantwortung von sich abzuwälzen versuchten.

Der katholische Abgeordnete Longinotti richtete an den Minister des Aeußern die Frage, ob die Klausel, die die **Intervention des Heiligen Stuhles in den künftigen Friedensverhandlungen und beim Friedensschlusse ausschließe,** durch die Veröffentlichung der Geheimdokumente in Petersburg bekanntgeworden, authentisch sei. Der Unterstaatssekretär des Ministeriums des Aeußern Borsarelli, gab folgende Antwort: In dem Abkommen zwischen Italien und den Verbündeten steht die Geheimklausel nicht, die nach Havas- und Agencia Stefani-Depeschen in Petersburg veröffentlicht wurden, in der versichert wird, daß Frankreich, England und Rußland den Widerspruch Italiens gegen Zulassung des Heiligen Stuhles unterstützen würden, der sich auf den Friedensschluß oder auf die Lösung der Fragen bezieht, die mit dem Kriege im Zusammenhang stehen.

Der Seekrieg.

Ein Geleitzug vernichtet.

WTB. Berlin, 14. Dezember. (Amtlich.) Gleichzeitig mit dem Angriff gegen den Handelsverkehr an der englischen Ostküste haben am 12. Dezember leichte Streitkräfte unter Führung des Kapitänleutnants Kolbe (Hans) den Geleitzugverkehr Bergen—Shetlands erneut angegriffen. Ein Geleitzug, bestehend aus sechs Dampfern von insgesamt 8000 Brutto-Register-Tonnen, darunter ein bewaffneter englischer Dampfer, sowie der englische Zerstörer „Patridge" und vier armierte Bewachungsfahrzeuge wurden im Kampfe vernichtet. Der englische Zerstörer „Pellew" entkam beschädigt. Unsere Streitkräfte sind ohne Verluste mit einer größeren Zahl Gefangener, darunter vier Offiziere, zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Zur Versenkung des Geleitzuges

meldet Norsk Telegrammbureau aus Kristiania:

Der in Brandoesund eingetroffene beschädigte englische Torpedojäger hatte einen Geleitzug aus sechs Schiffen von England nach Norwegen, nämlich die norwegischen Dampfer „Bollstra" und „Kong Magnus", die schwedischen Dampfer „Torleif" und „Bothnia", das dänische Schiff „Maracaibe" und das englische Schiff „Coriona". Außer dem genannten Torpedobootjäger machten einige Torpedobootjäger und Fischdampfer die Bedeckung aus. Vier deutsche Torpedojäger griffen die Schiffe vor Rovaer an der norwegischen Küste an und versenkten einen englischen Torpedojäger, die vier Fischdampfer und alle sechs Handelsschiffe. Bisher sind dreißig Mann von „Bollstra", „Bothnia" und „Thorleif" gelandet. Nach den Aussagen der Geretteten gingen zwei deutsche Torpedojäger unter. Der Steuermann der „Bollstra" erklärte, die Deutschen hätten sehr heftig angegriffen. Man behauptet nicht, daß die Deutschen ihr Feuer besonders gegen Handelsschiffe richteten, da sie genügend mit der starken Bedeckung beschäftigt waren, so daß es den Handelsschiffen gelang, sich aus der Kampfzone herauszuziehen. Diese entgingen jedoch ihrem Schicksal nicht. Die Mannschaft der „Bollstra" glaubt, daß alle gerettet worden sind, da einer der deutschen Torpedojäger ihnen anbot, die Mannschaft der „Bollstra" aufzunehmen. Wegen des Kugelregens der übrigen Torpedojäger gegen die Handelsschiffe zog die Mannschaft es vor, in den Rettungsbooten zu bleiben. An Bord eines englischen Torpedojägers lagen, nach Aussage der Mannschaft, zehn Leichen englischer Seeleute. Auf eine Frage, warum die englischen Kriegsschiffe nicht die Deutschen getroffen hätten, antworteten die Engländer, daß die Deutschen außerhalb Schußweite gewesen seien. Das englische Geschütz reiche nur 10 000 Meter, während die Deutschen 12 000 Meter entfernt waren.

*

Zum Seegefecht bei Bergen.

Nach einer Meldung von „Politiken" aus Christiania hatten die an der norwegischen Küste von deutschen Seestreitkräften versenkten sechs Handelsdampfer Kohlen für Dänemark, Schweden und Norwegen an Bord. „Nationaltidende" veröffentlicht ein spät nachts aus Bergen eingetroffenes Telegramm, wonach die Besatzung aller versenkter Dampfer gerettet ist.

*

Opfer der Minen.

Laut „Imparcial" vom 20. November lief das Lazarettschiff „Goorkhal", 6335 Brutto-Reg.-Tonnen, auf dem Weg nach Sebenico auf eine Mine und sank. 400 Verwundete wurden gerettet.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Forderung Spaniens an England.

Das „Journal des Debats" bringt einen Auszug aus einem Artikel des Madrider Militärkorrespondenten des führenden Organs der spanischen Armee, der großes Aufsehen erregt. In dem Artikel werden die Wünsche Spaniens beim Friedensschluß auseinandergesetzt. Spanien wünscht die Herausgabe Gibraltars und Tangers an die spanische Zone und die Unabhängigkeit Portugals von England.

Zweifelt noch irgend jemand daran, daß England, das doch in Gemeinschaft mit seinen Verbündeten nur für die Gleichberechtigung der Nationen kämpft, diesem Wunsche ohne Zögern entsprechen wird?

*

Kriegszustand zwischen Kuba und Oesterreich-Ungarn

Reuter meldet aus Neuyork: Ein Telegramm aus Kuba gibt bekannt, daß die Abgeordnetenkammer einen Beschluß angenommen hat, in dem erklärt wird, daß der Kriegszustand zwischen Oesterreich-Ungarn und Kuba besteht.

*

Die Revolution in Portugal.

Azorer Blätter melden aus Lissabon: Ein Erlaß verfügt, daß Präsident Machado bis zum Erlöschen seines Mandats seinen Wohnsitz außerhalb Portugals aufschlagen muß. Morton Mattos und Leon Pego reisten auf einem englischen Kreuzer ab. Der frühere Ministerpräsident Costa, der frühere Minister des Aeußern, Suarez und der Führer der demokratischen Partei wurden nach den Azoren gesandt. Sidonie Paes übernimmt den Vorsitz in der vorläufigen Regierung. **Die Wahlen für die Verfassunggebende Versammlung werden auf den April 1918 festgesetzt. Die Verfassunggebende Versammlung wird die nationale Verfassung abändern und einen endgültigen Präsidenten wählen.**

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein Scheinwerfer.

Für die parlamentarischen Aussichten der Wahlreform im preußischen Abgeordnetenhause ist ein Vorgang überaus kennzeichnend, der bisher in der Presse noch nicht genügende Beachtung gefunden hat: Es handelt sich um die Abhalfterung des Freiherrn Octavio von Zedlitz, des Führers der freikonservativen Fraktion, durch seine eigenen Parteifreunde.

Frhr. v. Zedlitz ist seit Jahrzehnten nicht nur der erste Vorsitzende der freikonservativen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses, sondern auch der anerkannte Führer der ganzen Partei im Reich. Bei allen wichtigen politischen Fragen war Frhr. von Zedlitz im Parlament der Wortführer seiner Fraktion, er war ihr Vertreter in sämtlichen wichtigen Kommissionen. Wohl zum erstenmal in dem langen parlamentarischen Leben des nun mehr als 70jährigen regte sich in den letzten Wochen in den eigenen Reihen seiner Partei und auch in der freikonservativen Parteipresse eine starke, anscheinend von dem Landtagsabgeordneten Dr. Bredt, einem Marburger Professor geführte Opposition gegen den alten Herrn. Ihr tiefster Grund war, wenn man von allem Beiwerk einmal absieht, die Befürchtung, daß sich der vielgewandte Beherrscher der parlamentarischen Kompromißtechnik schließlich doch noch zu einem wenigstens teilweisen Entgegenkommen in der Wahlrechtsfrage der Regierung gegenüber bereitfinden lassen würde. Dieser innere Fraktionskampf hat nunmehr dahin geführt, daß von der freikonservativen Fraktion mittels Zettelwahl beschlossen wurde, dem Freiherrn v. Zedlitz auch nicht einen einzigen der vier der Fraktion zustehenden Sitze in der Wahlrechtskommission einzuräumen; alle vier Sitze wurden vielmehr ausnahmslos den allerschärfsten Wahlrechtsfeinden unter den Freikonservativen eingeräumt, unter denen in erster Linie Herr Lüdicke zu nennen ist, der sich schon bei den jüngsten Wahlrechtsdebatten im Plenum des Hauses durch eine ganz besonders borniert reaktionäre Rede unliebsam bemerkbar gemacht hat.

Für die parlamentarischen Aussichten der Wahlreform ist der ganze Vorgang ein Scheinwerfer von seltener Leuchtkraft, für das preußische Volk draußen aber muß er wie ein lautes Alarmsignal wirken.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Sonnabend, 15. Dezember.

Sorgen des Weihnachtsmannes.

Das Kriegswucheramt hat den Weihnachtsbaum zu einem Gegenstand des täglichen Bedarfs erklärt, um eine allzu freche Preistreiberei mit dem grünen Freund zu verhindern. Des täglichen Bedarfs. ... Wir brauchen ihn nicht täglich, aber viele bedürfen seiner gewiß am Weihnachtstag, damit ihnen wenigstens eine kleine Erinnerung bleibt, daß es ein Fest des Schenkens und der Liebe gibt. Teuer genug wird der Baum trotz des behördlichen Schutzes, aber wer es möglich machen kann, erwirbt ihn doch und sucht zu vergessen, daß auch diese winzige Freude erst den schmutzigen Händen des Wuchers entwunden werden mußte. Unter dem Baum und in seinem frischgrünen Geäst wird es aber armselig aussehen. Der Weihnachtsmann konnte schon in den drei vergangenen Kriegsweihnachten mit all seiner Findigkeit und Kunst nicht hindern, daß sein Gabensack immer mehr zusammenschrumpfte. Nun feiern wir die vierte Kriegsweihnacht, der Krieg hat im letzten Jahre weiter aufgeräumt unter all den Dingen, die man zu diesem Feste kauft, um sie zu verschenken.

Da fehlen zunächst die köstlichen Schmucksachen für den Baum. Die freundlichen Lichtlein werden beim Durchschnittsmenschen ohne Kriegseinnahmen gewiß nicht erstrahlen. Das Licht in jeder Art ist so knapp geworden, daß man jedes Kerzlein, das so selten und teuer geworden ist, sparsam leuchten läßt bei der Arbeit in der Küche, zur Festesfreude gleich ein Dutzend erstrahlen lassen, das ist vorbei. Unterm strahlenden Weihnachtsbaum werden höchstens Kriegsgewinner sitzen, die ihn elektrisch beleuchten lassen. Und denen wird es dann wunderbar zum Bewußtsein kommen, welch helle Stunden ihnen das dunkle, tiefe Leid der Hunderttausende geschaffen hat.

Die Süßigkeiten in tausendfacher Form gehören auch vergangenen besseren Zeiten an. Man hört zwar, daß es Kuchen geben soll; ob es wahr wird, bleibt jedoch abzuwarten.

Das Schenken an „praktischen" und dauerhaften Sachen hat insofern Einschränkungen erfahren, als nicht mehr die Mannigfaltigkeit in den Formen und der Preisstellung vorhanden ist. Es gibt nicht mehr die große Auswahl, die jedem Geschmack und auch jedem Geldbeutel gerecht zu werden suchte, die Stückzahl der Geschenkwaren ist zurückgegangen, und die Preise sind einheitlicher geworden: es gibt nur noch hohe Preise. So kommt es, daß die Geldsummen, die durch die Kassen der Geschäftshäuser laufen, größer sind als in früheren Jahren, die Zahl der Beschenkten und Geschenke wird eher geringer sein.

Am teuersten ist — aus sehr verständlichen Gründen — die Nachfrage nach Waren, die keiner Bezugsscheinpflicht unterworfen sind: Seide und Schleierstoffe und die aus ihnen gefertigten Bekleidungsgegenstände, Gummimäntel, Bilder, Handarbeiten, Nippes, Hüte, Schirme, Stöcke, Krawatten usw. Spielwaren sind sehr teuer geworden. Die Preissteigerung beträgt 100 bis 150 Prozent. Die einfachen billigen Spielsachen, die sonst die [illegible] das Stück" nicht mehr zu haben, der Preis ist auf 20 Pfg. und mehr gestiegen. Die Hampelmänner aus Papier und die billigen Bilderbücher sind nur noch, soweit der alte Vorrat reicht, zu haben, die Neufabrikation ist bei dem Mangel an Papier und Pappe ganz eingestellt worden.

Verhältnismäßig preiswert sind noch Bücher. Sie sind obendrein für die Jugend die besten und nützlichsten Geschenke. Selbstverständlich müssen sie gut ausgewählt werden. Die Arbeiter wenden sich dabei zweckmäßig an die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten".

Der Weihnachtsmann wird sich also in vielem bescheiden müssen zur vierten Kriegsweihnacht. Hoffentlich hat er aber in diesem Jahre zum letzten Male Kriegssorgen.

Gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker wendet sich eine Resolution des geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes, die selbstverständlich von den alldeutsch-vaterlandsparteilichen „Lübeckischen Anzeigen" als Artikel zum Abdruck gebracht wird. Darin heißt es:

„Was insbesondere das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der befreiten Volkssplitter im Nordosten betrifft, so erblickt der Geschäftsführende Ausschuß des Alldeutschen Verbandes in dessen Zuerkennung an Letten, Esten und Littauer die besondere Gefahr, daß der neben der militärischen Sicherung entscheidende Zweck des Erwerbs östlichen Neulands vereitelt wird; das deutsche Volk braucht zum Ausbau seiner Landwirtschaft, zur Erhaltung seiner Volksgesundheit und zur Sicherstellung seiner Ernährung Siedelungsland und findet solches im Nordosten. Der Geschäftsführende Ausschuß des Alldeutschen Verbandes ist der Ansicht, daß die von Letten, Esten, Litauern bewohnten Gebiete durch die Anerkennung des sogenannten Selbstbestimmungsrechtes für deutsche Siedelungen unbrauchbar gemacht würden, und daß deutsche Siedler in Gebiete, deren innere Entwicklung dem Willen der undeutschen Bevölkerungsmehrheit ausgeliefert wird, nicht verpflanzt werden dürfen; denn sie würden der Gefahr ausgesetzt, innerhalb der fremden Mehrheit entrechtet und entdeutscht zu werden."

Mit unverkennbarer Deutlichkeit bringt hier der Alldeutsche Verband zum Ausdruck, daß die sogenannte Befreiung der Bevölkerung der russischen Ostseeprovinzen, die ein Ziel der alldeutsch-vaterlandsparteilichen Eroberungspropaganda ist, gegen den Willen der großen Mehrheit der Einwohner geschehen soll. Deren Zwang unter die Fremdherrschaft ist ihnen aber gerade recht, wenn dadurch nur das Interesse einer Anzahl deutscher Großgrundbesitzer gewahrt wird, die unter der Zarenherrschaft sich sehr wohl fühlten und dort als kleine Könige residierten, jetzt aber wohl von der Demokratie ebenso behandelt wurden, wie ihre übrigen russischen Kollegen, die ihr Land zum Teil an die Bauern abgeben müssen. **Die große Mehrheit des deutschen Volkes, und hoffentlich auch die deutsche Regierung, haben alle Veranlassung, die Verneinung des Selbstbestimmungsrechts der Völker im alldeutschen Sinne entschieden abzulehnen,** da sie doch den schnellen Frieden wollen. Ist es übrigens nicht bezeichnend, wie sich hier die Anschauungen der alldeutschen Eroberungspolitiker mit denen ihrer Gesinnungsgenossen in England, Frankreich usw. decken, die sich nur besser zu maskieren verstehen. Wer aber die Fremdherrschaft über deutsches Land ablehnt, der kann sie nicht für andere Völker fordern, ohne sich lächerlich zu machen. Dieselben Politiker, die gegen das Selbstbestimmungsrecht fremder Völker sind, wenden sich auch gegen die Gleichberechtigung des eigenen Volkes. Ihre Parole ist überall: Macht geht vor Recht. Ihnen ist der Krieg und die unermeßlichen Opfer der Völker keine Lehre gewesen.

Anbau von Zuckerrüben in Kleingärten.

Die Kriegshilfe, Abt. Kleingartenbau hat in diesem Jahre Zuckerrübensamen beschafft, um den Anbau von Zuckerrüben in Kleingärten zu fördern. Auf die Wichtigkeit des aus der Zuckerrübe gewonnenen Sirups als Brotaufstrich ist in der letzten Zeit wiederholt hingewiesen worden. Wir können den Kleingartenbesitzern nicht dringend genug den Anbau von Zuckerrüben empfehlen.

Folgende Regeln dienen für einen ertragreichen Anbau der Zuckerrübe:

1. Der Boden muß im Herbst 30—40 Zentimeter tief gegraben werden und über Winter in rauher Scholle liegen bleiben.

2. Vor der Bestellung mit Samen im Mai wird das Land mit der Harke gut bearbeitet.

3. Der Samen muß in einer Reihenweite von 40 Zentimeter und einem Abstand von 25 Zentimeter ausgelegt und mit Erde bedeckt werden.

4. Nachdem der Samen aufgegangen ist, wird der Boden sofort gehackt.

5. Haben die Rüben die Dicke eines Strohhalms erreicht, so müssen sie verzogen werden und zwar so weit, daß alle 25—30 Zentimeter eine starke Pflanze stehen bleibt. Falls Lücken entstanden sind, kann man die abgezogenen Pflanzen nachpflanzen; das muß möglichst bei feuchtem Wetter geschehen. Man achte darauf, daß die Wurzeln beim Einpflanzen gerade bleiben. Ein sofortiges Verziehen stellt ein gutes Gedeihen sicher.

6. Unmittelbar nach dem Verziehen sind die Rüben wieder zu behacken. Im Verlauf ihres Wachstums sind sie noch wiederholt zu behacken, dabei ist es einerlei, ob Unkraut vorhanden ist oder nicht. Zum letzten Male werden die Rüben Anfang Juli behackt. Ein Verletzen der Rübenpflanzen ist zu vermeiden.

7. Die Rübe verlangt eine starke Düngung. Frischer Stalldung ist schädlich; ebenso ist Jauche zu vermeiden. 3—4 Wochen vor der Aussaat gebe man Kali von 40—50 Prozent. Auf 20 Quadratmeter 1 Pfund.

8. Die Rüben dürfen nicht vor Mitte Oktober bis Anfang November eingeerntet werden, da sie in der letzten Zeit ihres Wachstums den meisten Zucker ansetzen. Bei zu erwartenden Nachtfrösten sind sie natürlich sofort zu ernten und einzumieten.

9. Wegen starker Frostempfindlichkeit und Verdunstung des Zuckergehalts sind die geernteten Rüben möglichst sofort mit Erde zu bedecken, d. h. einzumieten. Ein Aufbewahren im Keller ist zu vermeiden.

10. Um den Sirup zu gewinnen, wäscht man die Rüben ab, reibt sie mit einer Handreibe und kocht die gewonnene Masse gar. Diese wird alsdann durch ein Tuch gepreßt und der so gewonnene Saft solange gekocht, bis er dick und braun wird. Man gewinnt aus einem Zentner Rüben etwa 14—15 Pfd. Sirup.

Zur Gewinnung von einem Zentner Zuckerrüben ist eine Fläche von etwa 10—15 Quadratmeter erforderlich und eine Saatmenge von etwa 10 Gramm.

Weitere Auskunft erteilt jederzeit die Kriegshilfe, Abteilung Kleingartenbau, Mühlendamm 7.

Der öffentliche Arbeitsnachweis, Abteilung für Männer und jugendliche Arbeiter, Parade 1, verzeichnet für den Monat November 1047 Arbeitsuchende (Oktober 1300) 1285 (1228) offene Stellen und 963 (988) Stellenbesetzungen. Die Tätigkeit bewegte sich somit in denselben Grenzen wie im Vormonat. In der Land- und Gartenwirtschaft war eine geringere Bewegung zu verzeichnen. Immerhin wurden 132 Arbeitskräfte verlangt und 94 nachgewiesen. In der Metallindustrie waren 122 Arbeitsstellen angegeben, von denen 46 erledigt werden konnten. Im Holzgewerbe wurden nur Tischler bezw. Arbeiter für Holzbearbeitungsmaschinen angefordert. Die Aufträge konnten zumeist erledigt werden. In der Nahrungsmittelindustrie wurden hauptsächlich Müller und Schlachter angefordert. 8 von 15 gemeldeten offenen Stellen konnten besetzt werden. Im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe wurden 10 Schneider, 13 Schuhmacher und 7 Barbiere angefordert. 14 Fachkräfte dieser Art konnten nachgewiesen werden. Für das Baugewerbe wurden 45 Fachkräfte angefordert, 22 wurden nachgewiesen. 15 Maschinisten und Heizer wurden verlangt und 4 nachgewiesen. Fabrikarbeiter wurden 38 nachgewiesen, während 77 angefordert waren. Im Handelsgewerbe konnten 12 von 17 offenen Stellen besetzt werden. Für alle sonstige Lohnarbeit wurden 784 Arbeitskräfte verlangt und 675 nachgewiesen.

Bureaugehilfen, Krankenwärter usw. (Freie Berufe) wurden 26 vermittelt, 30 waren angefordert. Bereits entlassene Kriegsverletzte wurden 24 in feste Stellung gebracht. Von dem Arbeitsnachweis für genesende Soldaten konnte in 317 Fällen Arbeitsgelegenheit beschafft werden. Außerdem wurde in dringenden Fällen von den am Hafen beschäftigten Gefangenen 59 (diese Zahl ist in der obigen Zählung nicht mit enthalten) gestellt.

In der weiblichen Abteilung, Mengstraße 28, wurden im Berichtsmonate 1629 Arbeitsuchende, 964 offene Stellen und 860 Vermittlungen gezählt. Einen großen Raum nahm die Vermittlung der Heimarbeiterinnen ein. 405 Strickerinnen erhielten Arbeit im Strümpfestricken für Soldaten. An zweiter Stelle stehen die Vermittlungen für Metallwaren- und Munitionsfabriken. Von 103 Arbeitsuchenden wurden 96 in solchen Fabriken untergebracht. Für Konservenfabriken fanden 60 Vermittlungen statt. In den meisten anderen Berufen war das Angebot bei weitem größer als die Nachfrage. Von 218 Näherinnen erhielten 12 Beschäftigung. Für ungelernte Fabrikarbeit lagen 226 Angebote bei 8 Nachfragen vor. Weniger Verdienstmöglichkeit als im Vormonate bot sich auch den Tagelöhnerinnen, Tages- und Stundenfrauen. Bei 167 Arbeitsuchenden und 96 offenen Stellen beliefen sich die Vermittlungen auf 75. Im Handelsgewerbe war nach wie vor ein unerfreulich großes Ueberangebot von jungen Kontoristinnen festzustellen. 10 Vermittlungen kamen zustande, 65 Angebote wurden gezählt. In den freien Berufen (Schreibhilfen, Pflegerinnen usw.) gelangten 82 Meldungen Arbeitsuchender zur Eintragung. Angefordert wurden 51 Kräfte, vermittelt 48. Im Gastwirtschaftsgewerbe war Angebot und Nachfrage gering. In den hauswirtschaftlichen Berufen mangelte es an allem Personal.

Beschlagnahme und Höchstpreise von Tierhaaren. Zu der Bekanntmachung vom 1. Juli 1917, betreffend Beschlagnahme und Höchstpreise von Tierhaaren, deren Abgängen und Abfällen sowie Abfällen und Abgängen von Wollfellen, Haarfellen und Pelzen, treten am 15. Dezember 1917 mehrere Abänderungen in Kraft. Der genaue Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Prägung von Fünfpfennigstücken aus Eisen. Der Bundesrat hat den Reichskanzler ermächtigt, außerhalb der im § 8 des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 für die Prägung von Nickel- und Kupfermünzen bestimmten Grenze weitere Fünfpfennigstücke aus Eisen bis zur Höhe von zehn Millionen Mark herstellen zu lassen. Auf diese Prägungen finden die Vorschriften der Verordnungen vom 26. August 1915 und vom 11. Mai 1916 entsprechende Anwendung.

Dürfen Tüten besonders berechnet werden? Immer wieder werden seitens der Verbraucher Zweifel laut über die Zulässigkeit der Forderung einer besonderen Vergütung für Verpackung durch den Kleinhandel. Diese Fragen werden begründet durch die wiederholten Versuche mancher Kleinhändler, durch solche Forderungen die Höchstpreise zu überschreiten. Die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamts hat aus solchem Anlaß folgenden Bescheid erteilt: „Sofern Höchstpreise für die betreffende Ware festgesetzt sind, ist in der besonderen Berechnung für Tüten über den Höchstpreis hinaus eine Umgehung oder eine Ueberschreitung des Höchstpreises zu erblicken. Ob bei anderen Waren eine übermäßige Preissteigerung durch besondere Berechnung der Tüten hervorgerufen wird, das muß im einzelnen Falle geprüft und entschieden werden."

Theater für die Jugend. Im Marmorsaal des Stadttheaters sollen am kommenden Mittwoch sowie am 22., 23., 24. und 25. Dezember, nachmittags „Neue Puppenspiele" veranstaltet werden, und zwar gelangen beliebte volkstümliche Märchen zur Aufführung. Es handelt sich um ein Marionettentheater, das gute Unterhaltung mit künstlerischen Zwecken verbinden will und der Jugend wirklich schöne Stunden zu bieten beabsichtigt. „Hänsel und Gretel" eröffnen den Reigen; andere liebe Erscheinungen der reichen deutschen Märchenwelt werden folgen. Es darf wohl auf eine zahlreiche Zuschauerschar gerechnet werden.

Weihnachtsnummer der Lübecker Lazarett-Zeitung. Der Lübecker Landesausschuß für Kriegsverletzte gibt in diesem Jahre wie in den früheren wiederum eine Weihnachtsnummer der Lazarett-Zeitung heraus, die zum größten Teile bisher unveröffentlichte Arbeiten hervorragender Lübecker Künstler bringt. Während die sonstigen Nummern der Lazarett-Zeitung zur Hauptsache nur den Kriegsverletzten und den Mitarbeitern in der Kriegsverletztenfürsorge zugehen, soll die Weihnachtsnummer allen Kreisen der Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Die Zeitung wird daher in diesen Tagen in allen Häusern von Soldaten zum Preise von 1 Mk. das Stück angeboten werden. Außer der Weihnachtsnummer werden die Soldaten Sonderdrucke aus der Lazarett-Zeitung zum Preise von 50 Pfg. das Stück und den Geschäftsbericht des Lübecker Landesausschusses für Kriegsverletzte für die Zeit vom 1. März 1915 bis 30. September 1917 zum Preise von 2 Mk. das Stück anbieten. Die Einnahme findet Verwendung zugunsten der Kriegsverletztenfürsorge in Lübeck, sodaß ein recht belangreicher Absatz der Zeitschrift erwünscht ist. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Soldaten zur Entgegennahme weiterer Spenden für den Landesausschuß für Kriegsverletzte nicht berechtigt sind, vielmehr werden etwaige Gaben durch Ueberweisung auf Bankkonto (bei allen Lübecker Banken) oder durch Einzahlung an die Geschäftsstelle, Parade 1, erbeten.

.. **Hansatheater.** Gestern abend fand bei einem gutbesetzten Haus ein volkstümlicher Abend zugunsten des Roten Kreuzes statt. Herr Pastor Paulke leitete die Veranstaltung mit einer Ansprache ein. Er sprach über das nahende Weihnachtsfest. Seine Rede klang aus in die Hoffnung auf einen baldigen Frieden. Dann sang man Deutschland, Deutschland über alles. Die Rezitationen des Herrn Baumgarten, sowie die Lieder der Damen Schneider, Kläre und Olga Schmidt wurden beifällig aufgenommen. In dem zur Aufführung gelangten Lustspiel „In Zivil" war vor allen Dingen das Spiel des Frl. Rogall recht reizend. Das Publikum war damit äußerst zufrieden.

Volkstümliches Konzert. Freunde klassischer Musik seien ganz besonders auf das nächste volkstümliche Konzert am Montag aufmerksam gemacht, das ausschließlich Beethoven gewidmet ist. Eröffnet wird der Abend mit der Fidelio-Ouvertüre, der sich das von Herrn Konzertmeister Szanto gespielte Konzert anschließen wird. In der zweiten Abteilung bilden das Andante aus der 1. und der Trauermarsch aus der 3. Sinfonie neben der Egmont-Ouvertüre die Nummern der Vortragsfolge.

Spielplan des Stadttheaters. Sonntag: „Das Nachtlager zu Granada"; „Die schöne Galathee". Montag: Volkstümliches Konzert. Dienstag: „Jedermann". Mittwoch: „Die Csardasfürstin." Donnerstag: „Nachtlager in Granada"; „Schöne Galathee." Freitag: Für die Schauspielgemeinde „Dyckerpotts Erben" (rote Karten). Sonnabend: Weihnachtsmärchen. Sonntag: „Margarethe."

pb. **Ladendiebstahl.** Ermittelt und festgenommen wurde eine in der Alfstraße wohnhafte Arbeiterin wegen Ladendiebstahls.

pb. **Ihren Kollegen bestohlen.** Festgenommen wurden ferner drei russisch-polnische Arbeiter, die ihren auf dem Hochofenwerk beschäftigten Kollegen Stiefel und Kleidungsstücke gestohlen hatten.

pb. **Betrüger.** Festgenommen wurde ein mehrfach, unter anderem mit Zuchthaus vorbestrafter, in der Hartengrube wohnhafter Arbeiter, ein hiesiger Kammerjäger und ein hiesiger Hafenarbeiter wegen Betruges. Die Festgenommenen hatten auf Grund eines gefälschten Schreibens Waren im Werte von 3500 Mk., die bei einem hiesigen Wirte aufbewahrt lagen, unberechtigterweise abgeholt und verkauft.

pb. **Liebesgabenpakete gestohlen.** Ermittelt und zur Anzeige gebracht wurden 2 hiesige Handwerkslehrlinge, die aus einem an der Trave stehenden Eisenbahnwagen Liebesgabenpakete für russische Kriegsgefangene gestohlen hatten.

Hamburg. Die Holzarbeiter aller Branchen hielten eine Versammlung ab, in welcher der Vorsitzende der Ortsverwaltung betonte, daß es erst im letzten Moment, als die Verhandlungen bereits zu scheitern drohten, gelungen sei, eine Verständigung herbeizuführen. Die Arbeitgeber erklärten sich in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage bereit, den Arbeitern eine weitere Teuerungszulage von 10 Pfg. pro Stunde, und zwar am 15. Februar und 1. April je 5 Pfg., zu gewähren. Außerdem sieht die Vereinbarung eine Veränderung der Lohnklassen für die Vertragsorte vor, wobei Hamburg aus der Tarifklasse 2 in die Klasse 1 versetzt wird, wodurch eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit herbeigeführt werde. Auf dieser Grundlage habe man sich geeinigt, daß der jetzt gültige und am 15. Februar 1918 ablaufende Tarifvertrag um ein weiteres Jahr, also bis zum 15. Februar 1919 verlängert werde. Durch diese neue Teuerungszulage steige der Minimallohn in Hamburg bis zu der Höhe von 1,15 Mark pro Stunde, ein Lohn, der gewiß nicht bei den jetzigen Teuerungsverhältnissen als zu hoch bezeichnet werden könne, mit dem man aber zufrieden sein müsse, da die Arbeitgeber endgültig bei den Verhandlungen erklärt hätten, daß eine weitere Steigerung der Löhne vollständig ausgeschlossen sei. Unter diesen Umständen empfehle der Vorstand den Versammelten die Annahme der getroffenen Vereinbarungen. Nach längerer Debatte stimmten die Versammelten mit großer Majorität den getroffenen Vereinbarungen zu.

Hamburg. Das Hamburger Prisengericht trat am Freitag zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Der erste zur Verhandlung stehende Fall betraf den norwegischen Dampfer „Fama", der mit einer Ladung Weizen nach Marseille bestimmt war und von einem Unterseeboot versenkt worden ist. Es wurde entschieden, daß Schiff und Ladung der Einziehung unterlagen und die Zerstörung berechtigt war. Ein von Bord genommener Sextant, Eigentum eines Steuermanns des Schiffes wurde freigegeben; ein mitbeschlagnahmter Chronometer unterlag der Einziehung. Bei dem norwegischen Segler „Thor II", der mit einer vollen Ladung Walfischöl von Süd-Georgien nach Queenstown für Order fuhr und vernichtet worden ist, handelt es sich für das Gericht darum, festzustellen, ob Walfischöl als Schmieröl oder als Speiseöl anzusprechen ist. Die Versenkung des Schiffes wurde nicht beanstandet, das Walfischfett wurde als absolute Konterbande erklärt. Alle Ansprüche mußten deshalb in ablehnendem Sinne behandelt werden. Mit dem 1916 versenkten norwegischen Dampfer „Vapelea" hat sich das hiesige Prisengericht bereits am 16. Februar d. J. beschäftigt; auch vor dem Oberprisengericht in Berlin ist die „Vapelera"-Angelegenheit bereits verhandelt worden. Das Hamburger Prisengericht hatte jetzt lediglich Beschluß zu fassen über die Höhe von Ansprüchen, die von zwei Reklamanten für mitvernichtete Partien Magnesit und Holzstoff geltend gemacht waren. Die Ansprüche wurden prinzipiell anerkannt, jedoch mußten sich in beiden Fällen die Antragsteller Abstriche gefallen lassen. Das norwegische Motorschiff „Norte" ist rechtmäßigerweise zerstört worden. Die erhobenen Schadenersatzansprüche in Höhe von 110 000, 1695 und 2500 Kronen wurden abgewiesen. „Norte" hatte Faßdaubenholz für London im Raum. Die Versenkung des Schiffes war gerechtfertigt, weil die friedliche Bestimmung der Fracht nicht genügend nachgewiesen werden konnte. Im Fall des versenkten englischen Dampfers „Condor", der bereits das Hamburger Prisengericht und auch das Oberprisengericht in Anspruch genommen hat, wurde die Urteilsverkündung auf den nächsten Termin verschoben. Es handelt sich hier lediglich um Gewährung einer Vergütung für ein Quantum Schmieröl, das von dem versenkenden Schiff, dem Bremer „Karlsruhe", für den eigenen Bedarf aus der Ladung des Kreuzers entnommen worden ist. Die Zerstörung des mit Stückgütern von Gothenburg nach Hull bestimmten norwegischen Dampfers „Rjör" gab keine Veranlassung zu Bemängelung. Acht vorliegende Reklamationen wurden kostenpflichtig abgewiesen.

Der Fall des holländischen Dampfers „Batavier II" soll später erledigt werden. Ueber der holländischen Regierung gehörenden Güter, die mit dem am 11. Dezember 1916 versenkten holländischen Dampfer „Blomersdyk" untergegangen sind, haben zwischen der holländischen und der deutschen Regierung Ausgleichsverhandlungen stattgefunden. Am Freitag hatte das Prisengericht nicht weniger als 21 Reklamationen auf ihre Berechtigung zu prüfen, die von Verladern geltend gemacht waren. Nach längerer Verhandlung wurde folgendes Urteil abgegeben: „Die Reklamationen 12, 14, 17 und 19 sind zu entschädigen, alle anderen Ansprüche werden abgelehnt. Für die Zerstörung des Schiffes haben ausreichende Gründe vorgelegen."

Hamburg. Warmes Frühstück in den Schulen. In allen staatlichen Schulen Hamburgs wird den über 12 Jahre alten Schülern und Schülerinnen, deren Eltern dies wünschen, ein warmes Frühstück verabreicht, das aus einem halben Liter Essen (Kartoffeln und Gemüse) besteht. Die Kinder zahlen für jede Menge 20 Pfg. und müssen ferner für eine Woche drei halbe Kartoffelmarken oder eine entsprechende Menge (1½ Pfund) Kartoffeln abliefern. Die Lieferung des Essens geschieht durch die Kriegsküchen. Die Oberschulbehörde und das Kriegsversorgungsamt hoffen, durch diese Maßnahme die Ernährung der größeren Schulkinder den Eltern zu erleichtern.

Kiel. Für Frieden und gleiches Recht. Vor 2500 Personen sprach am Mittwoch Abg. Schöpflin in Kiel für einen Verständigungsfrieden und für das gleiche Wahlrecht. Die Versammlung nahm einen vorzüglichen Verlauf. Die Unabhängigen hatten sich ebenfalls zahlreich eingefunden; zwei von ihnen, Nögerling und Popp, beteiligten sich an der Diskussion. Mit ihren Versuchen, die sozialdemokratische Partei der Preisgabe ihrer Grundsätze zu beschuldigen, fielen sie jedoch glatt ab und in größter Ruhe nahmen die Versammelten das Schlußwort Schöpflins entgegen, in welchem er darlegte, daß die Tätigkeit und das Auftreten der Unabhängigen lediglich der täglich dreister sich erhebenden Reaktion zum Nutzen gereiche. Gegen 8—10 Stimmen fand eine Resolution Annahme, die sich mit den Darlegungen des Referenten einverstanden erklärte. Es soll auch hervorgehoben werden, daß die Unabhängigen in dieser Versammlung, im Gegensatz zu früheren Versammlungen von jedem Versuch absahen, durch beschimpfende Zwischenrufe oder Radau stören zu wollen. Wie den „Unabhängigen", so geht es den Kieler Reaktionären und Alldeutschen. Eine am Monatsabend von ihnen in Kiel veranstaltete Versammlung, für die alle Reklamemittel nutzbar gemacht wurden, hatten sie nur 500 Personen auf die Beine gebracht, die nach dem Vortrage des hochagrarischen nationalliberalen Landtagsabg. Dr. Schifferer eine Resolution beschlossen, in der als deutsche Friedensbedingungen Siedelungsland im Osten, Verbesserung unserer Grenze und Kohle und Erz im Westen, militärische Beherrschung der flandrischen Küste und Mehrung des afrikanischen Kolonialbesitzes gefordert wird. — Die Unabhängigen von links und die von rechts sind in Kiel unten durch.

Kiel. Tödlich verunglückt. Die Familie des in der Stormarnstraße wohnhaften Werftarbeiters D. ist von schwerem Leid betroffen worden. In Abwesenheit der Mutter spielte das dreijährige Töchterchen mit seiner Puppe am offenen Fenster und fiel aus dem dritten Stock auf die Straße herunter. Die Kleine erlitt schwere Verletzungen, denen sie sogleich erlag.

Sternberg. Die mecklenburgische Verfassungskomödie nimmt ihren Fortgang. Es sind dem „Landtag" Erlasse beider Regierungen eingegangen, in welchen die Stände aufgefordert werden, Deputierte für die Wiederaufnahme der Verfassungs-Verhandlungen zu ernennen. Bisher haben diese Verfassungs-Verhandlungen nur aller Welt dargetan, daß die Ritter und ihre Landtagskollegen garnicht daran denken, das mecklenburgische Volk zu gleichberechtigten Bürgern zu machen. Deshalb braucht man an die erneuten Verhandlungen auch keinerlei Erwartungen zu knüpfen.

Lüneburg. Ein Jugendbildner als Schweinigel. Die Strafkammer verurteilte den 51 Jahre alten Lehrer Brandes in Weste, Kreis Uelzen, zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte, der seit 1901 als alleiniger Lehrer in Weste tätig ist und vorher in Münster angestellt war, hat sich in zahlreichen Fällen an noch nicht 14 Jahre alten Schulmädchen vergangen. Zu der Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt wurde, waren 12 junge Mädchen als Zeugen geladen.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 15. Dezbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Seit mehr als vier Wochen hat der Engländer seine Angriffe in Flandern eingestellt. Seine gewaltige, auf den Besitz der flandrischen Küste und die Vernichtung unserer U-Boot-Basis hinzielende Offensive kann damit als abgeschlossen wirken.

Fast das ganze englische Heer, verstärkt durch Franzosen, hat über ein Vierteljahr lang mit unserer in Flandern stehenden Armee um die Entscheidung gerungen. Deutsche Führung und deutsche Truppen haben auch hier den Sieg davongetragen, während wir an anderen Stellen durch gewaltige Schläge den Feind niederwarfen. Die Mißerfolge des englischen Heeres in Flandern wurden verschärft durch die schwere Niederlage, die es bei Cambrai erlitt.

Nördlich von Gheluvelt wurden bei erfolgreicher Unternehmung gegen die englische Linie im Schloßpark von Poezelhoek 2 Offiziere und 44 Mann gefangen. Ein nächtlicher englischer Gegenangriff zur Wiedergewinnung des verlorenen Geländes scheiterte.

Von der Scarpe bis zur Oise war die feindliche Artillerietätigkeit rege. Starke Feuerüberfälle lagen am Abend, während der Nacht und am frühen Morgen auf unseren Stellungen.

Die Absicht eines englischen Angriffs östlich von Bullecourt wurde erkannt, seine Ausführung durch unser Vernichtungsfeuer verhindert.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Im Thanner-Tal wehrte unsere Grabenbesatzung den Vorstoß einer stärkeren französischen Erkundungsabteilung ab.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die Waffenstillstandsverhandlungen werden fortgesetzt.

Mazedonische Front.

Kleinere Vorfeldkämpfe westlich vom Ochrida-See. Auf der übrigen Front blieb die Gefechtstätigkeit gering.

Italienische Front.

Aus den Kämpfen der letzten Tage zwischen Brenta und Piave blieben 40 Offiziere und mehr als 3000 Mann, einige Geschütze und Maschinengewehre in unserer Hand.

Mehrfache Gegenangriffe, die der Feind gegen die von uns genommenen Stellungen führte, wurden abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Von den Waffenstillstandsverhandlungen.

WTB. Berlin, 15. Dezember. (Amtlich.) In der Vollsitzung, die am Vormittag des 14. Dezember stattfand, wurde ein Teil der gegenseitigen Bedingungen des Vertragsentwurfs endgültig formuliert. Da die russischen Delegationen über einige Punkte ergänzende Instruktionen von ihrer Regierung einholen wollten, wurde die Fortsetzung der allgemeinen Beratungen auf den 15. Dezember vormittags angesetzt. Der Nachmittag des 14. Dezember war mit einer Sitzung der Protokollkommissionen ausgefüllt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 14. Dezember. (Amtlich.) Im Aermelkanal wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote wiederum 15 000 Brutto-Register-Tonnen vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich drei mittelgroße beladene Dampfer, von denen einer bewaffnet war, sowie ein Dampfer von etwa 6000 Tonnen. Einer der vernichteten Dampfer wurde aus gesichertem Geleitzug herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Furchtbares Explosionsunglück.

Genf, 14. Dezember. Wie der „Petit Parisien" meldet, wurde die Munitionsfabrik der Bethlehem Steel Co. in den Vereinigten Staaten von Amerika durch eine Explosion vollständig zerstört. Die Ruinen der Gebäude fingen nach der Explosion Feuer. Da die telegraphischen Apparate zerstört wurden, fehlen Einzelheiten. Man vermutet, daß viele Personen ums Leben gekommen sind.

Genf, 14. Dezember. Die Kammersitzung, in der sich Caillaux verteidigen will und die voraussichtlich am kommenden Dienstag stattfindet, wird vielleicht zum entscheidenden Tage für die Kriegspolitik Frankreichs werden. Die Sitzung kann, wie das „Journal du Peuple" schreibt, für die Dauer des Krieges und für die Zukunft Frankreichs wie ganz Europas von einschneidender Bedeutung werden. Es geht hartnäckig das Gerücht, Briand sei jetzt entschlossen, sich der politischen Auffassung Caillaux anzuschließen und sich der Fortsetzung des Krieges bis ins Endlose zu widersetzen. Ein Teil der nationalistischen Abgeordneten behandelt bereits Briand als Spießgesellen Caillaux'.

Genf, 14. Dezember. Die Pariser Blätter legen die Besetzung Wladiwostoks als den Beginn der militärischen Intervention Japans aus. Der japanische Botschafter in Petersburg erklärte: Vorläufig werden Ost-Sibirien und die ganze sibirische Eisenbahnlinie von amerikanischen und japanischen Truppen besetzt werden, da die Verbindung mit dem ententefreundlichen Südrußland und der rumänischen Front nicht in den Händen der Maximalisten bleiben dürfe.

Amsterdam, 14. Dezember. Die „Daily News" melden aus Petersburg: Der „Prawda" zufolge ist in der russischen Nationalversammlung für den Regierungsantrag auf sofortigen Friedensschluß eine Mehrheit von über 150 Stimmen vorhanden.

Haag, 14. Dezember. Nach einer Londoner Meldung bezeichnet das in Osaka erscheinende japanische Blatt „Hasaghi" die japanische Expedition nach Wladiwostok als einen Akt der Selbstverteidigung der japanischen Interessen gegen die Drohungen der russischen Anarchie, welche sich immer mehr nach Osten bis in die Nähe der japanischen Interessensphäre ausdehnt. In den östlichen Gebieten Rußlands wohnen Tausende von Japanern, deren Gut und Blut zu schützen Pflicht Japans sei.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

HOLSTENHAUS

G. M. B. H. LUBECK.

Sonntag sind unsere Verkaufsräume von 10 bis 3 Uhr geöffnet.

Weihnachten!

Wie ein Zauberruf öffnet dieses Wort die Herzen zu fröhlichem Geben, jeder bedacht, dem andern Freude zu bereiten . . . und dann unter strahlendem Tannenbaum — dankbarer Jubel überall!

(4107)

Immer größer wird in den Abendstunden der Andrang, wir empfehlen dringend die Vormittagsstunden zum Einkauf.

Seidene Blusen

neuester Machart, in reicher Auswahl

18⁵⁰ 26⁰⁰ 32⁰⁰ 46⁰⁰ und teurer.

Seidene Unterröcke

in neuen aparten Farben, elegante weite Form

19⁷⁵ 24⁵⁰ 32⁰⁰ 45⁰⁰ und teurer.

Pelz-Garnituren

in hervorragend schöner Konfektion, Muff und Kragen zusammen

45⁰⁰ 58⁰⁰ 69⁰⁰ bis 250⁰⁰

Plüsch-Garnituren

für Damen u. Kinder in reicher Auswahl.

Taschentücher

Stickerei-Taschentücher	1.45 1.25	95 ₰
Linon-Taschentücher ½ Dutzend . .	5.25 3.75	2.40
Taschentücher Leinen u. Halbleinen ½ Dtz.	6.95	4.80
Farbige Taschentücher	1.75 1.35	75 ₰

Hosenträger mit Gummiband oder Spiralstrippen 9.75 bis **1.95**

Herren-Krawatten Selbstbinder und fertige Formen . . 14.00 bis **95 ₰**

Herren-Hüte moderne Formen in Filz u. Velour 49.50 bis **6.50**

Handarbeiten

Fertig gestickt:

Kissen : Decken : Läufer : Vorleger : Schürzen
Blusen : Kinderkleider : Taschentücher usw.

Nähkörbe, Nähständer und Kartonagen in reicher Auswahl.

Moderne Damen-Kragen

für Blusen und Jacketts, in neuester Machart

75 ₰ 1²⁵ 2²⁵ 2⁷⁵ 3⁷⁵ und teurer.

Seidene Haarbänder

in allen Farben und Breiten, abgepaßt

Stück 25 ₰ 40 ₰ 50 ₰ 70 ₰ und teurer.

Spielwaren

Jugendschriften und Bilderbücher

Ausstellung und Verkauf im II. und III. Stock.

Unser Schlager

Lehmanns Auto „Oho“ mechanisches Spielzeug mit Dauerfeder **60 ₰**

Reiher Stangen-, Kronen- und Paradiesreiher in großer Auswahl **6.50 bis 200.00**

Straußfedern auserlesen schöne Exemplare **3.45 bis 75.00**

Theater-Hauben reizende Ausführung **10.75 bis 25.00**

Straußfeder-Rüschen **5.25 bis 30.00**

Damen-Handtaschen in Leder u. Lederersatz moderne Formen **1.25 bis 85.00**

Reise-Koffer und -Taschen in gediegen. Ausführung **6.95 bis 350.00**

Schloß-Körbe starkes Geflecht **17.50 bis 43.50**

Briefkassetten in reicher Auswahl **1.15 bis 10.50**

Feine Parfüme in Geschenkpackung . **1.50 bis 8.50**

Rasier-Apparate 1.75

Weihnachtsbitte für Kriegerwaisen

Groß ist die Zahl der Lübecker, die im Dienste des Vaterlandes ihr Leben gelassen haben. Nie verlöschender Dank folgt ihnen über ihr Grab hinaus. Der Dank aber soll sich wirksam erweisen, indem für ihre Waisen ausreichend gesorgt wird. Ueber 1000 beträgt schon die Zahl der bedürftigen Waisen. Für sie, insbesondere für ihre Erziehung und Ausbildung, gilt es in Ergänzung der staatlichen Fürsorge Mittel zu sammeln. Darum:

Mitbürger bezeugt Euren Dank an die gefallenen Kämpfer, indem Ihr der Waisen gedenkt!

Jeder, auch der kleinste Betrag, ist willkommen. Die gesammelten Gelder werden den Waisen alsbald zugeteilt und in Sparkassenbüchern sichergestellt werden.

Beiträge nehmen außer den Unterzeichneten sämtliche Banken unter dem Konto „Kriegerwaisenspende“ entgegen.

Sofern jemand für eine bestimmte Waise in Form einer **Kriegspatenschaft** zu sorgen wünscht, ist die unterzeichnete Fürsorgestelle zur Vermittelung gerne bereit.

Lübeck, den 8. Dezember 1917.

Die Amtliche Fürsorgestelle für Kriegerwitwen und -Waisen, St. Annenstraße 3.

Senator Heinr. Evers.

Vorstehenden Aufruf unterstützen aufs wärmste:

Der Territorialdelegierte der freiwilligen Krankenpflege
Senator Kulenkamp.

Die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte
Bielefeldt.

Die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen
Senator Dr. Eschenburg.

Der Vaterländische Frauen-Verein vom Roten Kreuz
Frau Senator Strack.

Das Jugendamt
Regierungsrat Dr. Lange.

Der Lübeckische Landesverein vom Roten Kreuz
Medizinalrat Dr. Riedel.

Der Landeskriegerverband
Rechtsanwalt Weyrowitz,
Hauptmann der Landwehr.

Der Kameradschaftsbund der 76er und 162er.
Jul. Quitzau. 4090

Für das **Weihnachtsfest** empfehlen wir

Porzellan, Steingut, Glaswaren, Emaille, Haus- u. Küchengeräte

zu billigen Preisen. (4091

Gebr. Steder, Hüxstrasse **95.**

Zentralverband der Handlungsgehilfen

Wie im vorigen Jahre, zahlt der Verband auch in diesem Jahre an die Frauen der einberufenen Mitglieder eine Weihnachtsunterstützung. Die Auszahlung derselben erfolgt gegen Quittung vom 20. 12. bis 5. 1. beim Koll. H. Wulf, Kottwitzstr. 8.

4109) **Der Vorstand.**

Koks ✱ Briketts ✱ Kohlen

Lagerverkauf

jeden nachmittag u. Sonntags v. 7—9 Uhr
Kanalstraße Nr. 23 und 120. 4114

Theodor Lüders & Hintz.

Weihnachts-Geschenke empfiehlt **Willi Westfehling**

32 Holstenstrasse 32

Der neue Kriegs-Atlas

mit 52 Karten aller Kriegsschauplätze in Frankreich, Rußland, Italien und Balkan ist wieder eingetroffen.

Preis 1.— Mk.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstraße 46.

Nr. 294
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Sonnabend,
den 15. Dezember 1917

Für das gleiche Wahlrecht!

Die erste Lesung der drei großen preußischen Reformvorlagen im Abgeordnetenhause liegt hinter uns. Ihr Ergebnis ist für alle Freunde des neuen und freien Preußens der Zukunft wenig ermutigend. Daß die weitaus stärkste Fraktion, **die Konservativen**, mit äußerster Kraftanstrengung gegen das gleiche Wahlrecht anrennen würden, war vorauszusehen. Verdanken sie doch ihre ganze Machtstellung in Preußen in allererster Linie dem schmachvollen Klassenwahlrecht! Sie wissen, daß es für sie um Sein oder Nichtsein geht und deshalb setzen sie, die patentierten „Stützen des Thrones", alles daran, **das feierliche Königsversprechen zu zerreißen wie einen wertlosen Fetzen Papier.** Daß zwischen ihnen und den Wahlrechtsfreunden der Kampf mit äußerster Erbitterung entbrennen würde, war vorauszusehen. Und auch die offen zutage getretene Feindschaft der **freikonservativen Partei** gegen das gleiche Wahlrecht nimmt nach der ganzen Vergangenheit dieser Partei nicht wunder.

Anders zu bewerten ist dagegen die Haltung **des Zentrums und der Nationalliberalen.** Die Führer dieser beiden Parteien im Reichstage haben sich ausdrücklich mit jenem Programm einverstanden erklärt, dessen Durchführung die Regierung Hertling-Payer-Friedberg auf ihre Fahne geschrieben hat. **Ein Hauptstück dieses Programms war die loyale und rasche Durchführung der preußischen Wahlreform.** Was soll man dazu sagen, wenn man erleben muß, daß wenige Wochen später die Führer der gleichen beiden Parteien im preußischen Abgeordnetenhause, die Herren Dr. Porsch und Dr. Lohmann, mehr oder minder offen **dem gleichen Wahlrecht Fehde ansagen?** Herr Dr. Porsch erklärte, daß sich nur „ein Teil" seiner Freunde mit dem Gedanken des gleichen Wahlrechts zu befreunden vermocht habe, während Herr Dr. Lohmann gar nur für „einige" Nationalliberale die Erklärung abgeben konnte, daß sie sich unter den Einwirkungen des Krieges mit dem gleichen Wahlrecht abgefunden hätten. Aber auch diese „Einige" wollen dem gleichen Wahlrecht nur dann zustimmen, **wenn die Vorrechte der „gebildeten Kreise des Volkes" durch allerlei besondere Maßregeln sorgsam vor dem Uebergewicht der „Masse" geschützt werden!** So bleiben außer den dank des Klassenwahlrechts nur 10 Abgeordnete zählenden beiden sozialdemokratischen Fraktionen und einigen kleineren Parteisplittern nur noch die Fortschrittler mit ihren 40 Mandaten als Freunde des gleichen Wahlrechts übrig. Vollends im Herrenhause werden die guten und gesunden Grundgedanken der Regierungsvorlage ohne Zweifel auf den denkbar schroffsten Widerspruch stoßen.

Und leider haben — soweit es auf den parlamentarischen Kampf allein ankommt — die Wahlrechtsfeinde, deren Redner von der Osten am 7. Dezember im Abgeordnetenhause sogar

vor offenen Angriffen auf das Reichstagswahlrecht nicht zurückschreckte,

nur allzu günstige Aussichten für das Gelingen ihrer Pläne. Die drei Vorlagen sind gegen den entschiedenen Widerspruch der Linken nur einer einzigen Kommission überwiesen worden, deren Beratungen sich, wenn es nach dem Willen der Konservativen geht, **viele Monate hinziehen** sollen. Hat Herr von Heydebrand doch in nur allzu leicht durchschaubarer Absicht heute schon angekündigt, die konservative Partei werde unter allen Umständen auf der **„gründlichsten und sorgsamsten Prüfung"** der Vorlagen in der Kommission bestehen. Mit anderen Worten: **die Konservativen wollen der Wahlreform das Schicksal der Kanalvorlage bereiten,** die bekanntlich mit Hilfe ähnlicher Verschleppungsmanöver **niemals** zustande gekommen ist! Zunächst geht das Ziel der Wahlrechtsfeinde darauf hinaus, die Erledigung der Vorlagen **mindestens bis nach dem Friedensschluß hinauszuziehen.** Sie sind davon überzeugt, daß dann so zahlreiche und schwierige Fragen finanzpolitischer, wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Art zu erledigen sein werden, daß das Interesse für die Wahlreform dadurch völlig in den Hintergrund gedrängt wird.

So will man die so oft schon betrogenen Massen des preußischen Volkes abermals um ihr gutes Recht prellen!

Dieser schmachvolle Plan der Ritter von der eisernen Stirn kann nur dadurch zuschanden gemacht werden, daß das **preußische Volk selbst auf die Bühne tritt.** In machtvollen Kundgebungen müssen überall in Preußen die Massen zusammenströmen, **um ihrem Willen Gehör zu verschaffen!**

Diesem Willen und den unabweisbaren Bedürfnissen des preußischen Volkes **entspricht auch die Regierungsvorlage noch keineswegs.** Anerkannt werden muß, daß die Regierungsvorlage nicht nur mit den ebenso veralteten wie bösartigen Einrichtungen der öffentlichen und indirekten Wahl aufräumt, sondern auch den infamsten Schandfleck des heutigen Wahlrechts, die Dreiklassenschande, kurzerhand beseitigt. Diesen großen und bedeutungsvollen Fortschritten stehen aber auf der anderen Seite eine Reihe von Verschlechterungen des gegenwärtigen Zustandes gegenüber. Diese Verschlechterungen wurden in die Vorlage hineingearbeitet, um auf diese Weise die Rechte zu versöhnen, ihrem Widerstand die Spitze abzubrechen. Wie die Ergebnisse der ersten Lesung gezeigt haben, ist dieser Zweck keineswegs erreicht worden.

Worin bestehen die Bestimmungen der Vorlagen, die, ohne die Rechte zu versöhnen, auch die Genugtuung der Linken an dem Reformwerk sehr stark beeinträchtigen?

Da ist zunächst die — von einer winzigen Konzession abgesehen — völlige **Aufrechterhaltung der alten Wahlkreiseinteilung.** Diese stammt noch **aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts** und sichert den agrarischen Bezirken des Ostens ein dauerndes Uebergewicht über die Großstädte und Industriebezirke. Wie kann ein ernstes Reformwerk am Schlusse des zweiten Jahrzehnts des zwanzigsten Jahrhunderts, im vierten Jahre des Weltkrieges eine Wahlkreiseinteilung beibehalten wollen, die aus einer Zeit stammt, in der Preußen fast noch ein reiner Agrarstaat war, in der seine industrielle Entwicklung noch in den Kinderschuhen steckte!

Noch schlimmer ist **die Heraufsetzung des Wahlrechtsalters vom 24. auf das 25. Lebensjahr.** In diesem Kriege haben zahllose junge Leute von siebzehn, achtzehn und neunzehn Jahren **Leben und Gesundheit für Deutschlands Rettung in die Schanze geschlagen.** Und nun sollen diese vielleicht als Krüppel heimkehrenden jungen Krieger noch sechs bis acht Jahre lang nicht „reif" genug sein, das Wahlrecht auszuüben!

Die schlimmste Neuerung aber ist — von kleineren Schönheitsfehlern abgesehen — die Bestimmung, daß man statt wie bisher ein halbes Jahr künftig **ein ganzes Jahr in einer Gemeinde** (in Berlin sogar in einem Wahlbezirk) **gewohnt haben muß, um wählen zu dürfen.** Das ist ein **schweres Unrecht gegen das arbeitende Volk,** das durch Arbeitslosigkeit und andere Schicksalsschläge des Wirtschaftslebens in viel höherem Grade als die besitzenden Klassen zum häufigen Wechsel seiner Arbeitsstätten und damit seiner Wohnplätze gezwungen ist. Ganz besonders schlimm würde die Neuerung **alle Kriegsteilnehmer treffen,** von denen Hunderttausende nach Friedensschluß genötigt sein werden, fern von der alten Heimat Lohn und Brot zu suchen. So bedeutet die Neuerung eine **brutale Entrechtung gerade derer, die jetzt mit ihren Leibern Deutschland und Preußen schützen!**

Aufs schärfste zu verurteilen ist auch **das Fehlen des Frauenwahlrechts** in der Regierungsvorlage. Dieser Krieg wäre niemals durchzuführen gewesen ohne das aufopfernde Eintreten **vieler Millionen von Frauen** an die Stelle der ins Feld gerückten Männer. Ohne Murren haben sie die gleichen Pflichten auf sich genommen wie die Männer — diesen gleichen wirtschaftlichen Pflichten müssen endlich auch zugesellt werden die gleichen staatsbürgerlichen Rechte!

Ganz unzulänglich ist die vorgeschlagene **Reform des Herrenhauses,** in dem ein überwiegend starker agrarischer Einfluß nach wie vor aufrechterhalten werden soll, wenn man auch die Interessenvertretung der Städte, der Industrie und des Handels beträchtlich verstärken will. Die Arbeiter sollen natürlich von dem „Hause der Herren" nach wie vor völlig ausgeschlossen bleiben.

Schließlich steht in den Vorlagen der Regierung einer Erweiterung des Etatsrechts der Ersten Kammer eine in ihren Folgewirkungen völlig unabsehbare und deshalb sehr ernst zu nehmende **Verkümmerung des Geldbewilligungsrechtes des Abgeordnetenhauses** gegenüber, auf deren Einzelheiten hier nicht eingegangen werden kann.

Mit einem Wort: Bei allen ihren unbestreitbaren Vorzügen weisen die Vorlagen der Regierung auch **Mängel und Rückschritte in schwerer Menge** auf. Um so kennzeichnender ist es, **aber auch um so aufreizender muß es wirken,** daß **selbst** diesen durchaus ungenügenden Vorlagen gegenüber die Mehrheitsparteien zu einem Kampf auf Tod und Leben rüsten!

Den reaktionären Machenschaften und auch den unzulänglichen Vorschlägen der Regierung gegenüber bleiben die **Forderungen der Sozialdemokratie** die alten. Sie lassen sich in aller Kürze dahin zusammenfassen:

Völlige Beseitigung des Herrenhauses! Keine einschränkenden Bestimmungen über den Wohnsitz! Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für alle über zwanzig Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts! Eine Forderung, die gerade nach den Erfahrungen dieses Krieges ganz besonders in den Vordergrund gerückt werden muß! Neueinteilung der Wahlkreise! Einführung der Verhältniswahl, um auch den Minderheiten gerechte Vertretungen im Parlament zu gewährleisten! Erweiterung der Rechte der Volksvertretung statt ihrer Beschneidung!

Für diese Forderungen zieht die Sozialdemokratie in den Wahlrechtskampf. Sie wird **das Aeußerste an Kraft aufzubieten haben,** um nicht nur die Pläne der Rechten zu Falle zu bringen, sondern auch, um aus den Vorlagen der Regierung zum **mindesten die Verschlechterungen auszumerzen** und vor allem **dem gleichen Wahlrecht zum Siege zu verhelfen.**

Die Sozialdemokratie ist sich bewußt, daß ein Wahlrecht, und sei es auch das beste, **niemals Selbstzweck sein kann.** So kann und soll uns auch das freie Preußenwahlrecht, für das wir jetzt in den Kampf ziehen, nichts anderes sein als der Boden, auf dem wir **das neue und freie Preußen der Zukunft** aufbauen wollen. Ein Preußen, befreit von dem engherzigen Polizeigeist der Vergangenheit, ein Preußen des freudigen und zielbewußten Fortschritts auf allen Gebieten! Des Fortschritts in Gesundheitswesen und Schulwesen, in Sozial- und Finanzpolitik! Ein Preußen der politischen Freiheit und des kulturellen Aufstiegs, das wirklich **„in Deutschland voran"** geht! Diesem Preußen gilt unser Hoffen und unser Kampf! Für dieses Preußen der Zukunft rufen wir alle Männer und Frauen Preußens auf die Schanzen! Um aber zu ihm zu gelangen, gilt es zunächst einmal das **gleiche Wahlrecht zu erobern!** Darum:

Kampf allen Verschleppungsmanövern!
Nieder mit allen Wahlrechtsfeinden!
Hoch das gleiche Wahlrecht!

Berlin, den 12. Dezember 1917.

Der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands.

Der geschäftsführende Ausschuß der Landesorganisation der Sozialdemokratie Preußens.

Joseph Caillaux als Hochverräter.

Von M. Beer.

Seit dem Ausbruch der russischen Revolution, die in ihrem Verlauf eine Erleichterung des Druckes auf die deutsche Ostfront bewirkte, und noch mehr seit dem Zusammenbruch der französisch-englischen Frühjahrsoffensive und der russischen Juliofensive, hat sich der französischen Nation eine Unruhe bemächtigt, die zusehends in einen Terrorismus ausartet. Anklagen und Verhaftungen sind an der Tagesordnung; die Jagd auf Verräter und Spione ist zum Hauptgeschäft der Tagesschriftsteller geworden; und wehe dem selbständig-denkenden Politiker, der an dem militärischen

---

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schücking

25. Fortsetzung.

Eine völlig andere Erscheinung war die Dame neben ihm. Sie war ein kleines graziöses Geschöpf mit höchst feinen lebendigen Zügen, etwa dreißig Jahre alt oder noch darunter, wenn man die Lebhaftigkeit ihres Wesens in Anschlag brachte und dabei Rücksicht darauf nahm, daß die bleiche, etwas ins Gelbliche spielende Farbe ihres Antlitzes weniger ein Beweis verblühter Schönheit, als des Umstandes sein mußte, daß sie ein Kind des Südens. Dafür sprach auch ihr rabenschwarzes Haar, das sich in dicken Flechten um ihre Schläfe legte und oben auf dem Scheitel zu einem hohen Neste aufgesteckt war — sowie ihr mandelförmig geschlitztes, schwarzes, außerordentlich feuriges und beredtes Auge.

Der Knabe, welcher der jungen Frau gegenübersaß, war ein hübsches aber ebenfalls blaß aussehendes Kind, das nach der Sitte jener Zeit in eine vollständige Husarenuniform mit Galons, mit Sporen, mit Säbel und Schleppsäbel gekleidet war. Er nannte die lebhafte kleine Dame Maman.

Der Fremde sprach ganz geläufig deutsch, trotz seines etwas fremdartigen Aussehens; die Dame wußte sich ebenfalls in dieser Sprache auszudrücken, obwohl ein sehr stark hervortretender Akzent und mancher Gallizismus die geborene Französin verriet.

Männer von dem Wesen und dem gehaltenen Ernst unseres Postwagenpassagiers haben, vorausgesetzt, daß sie im übrigen eine gewisse Gutmütigkeit und nur ein geringes Maß von Galanterie den Damen gegenüber verraten, die besondere Eigenschaft — wir wollen es aus Höflichkeit den Vorteil nennen — daß weibliche Wesen, mit welchen sie in Berührung kommen, ihnen sehr rasch ihr Herz ausschütten und sie vertrauensvoll in all ihre kleinen und großen Angelegenheiten einweihen.

Diese Erfahrung bestätigte sich auch hier. Unsere Reisegesellschaft war erst am Abend vorher in Arnheim durch den Zufall zusammengeführt, sie hatte, weit entfernt, einen Scheffel Salz miteinander verzehrt zu haben, nichts weiter gemeinsam verzehrt als ein aus einem zähen Huhne und Reisbrei bestehendes Diner auf der letzten Poststation — wobei der Fremde seiner Reisegefährtin allerdings mit einer gewissen Aufmerksamkeit die besten Bissen vorgelegt hatte — und schon war jener ausführlichst unterrichtet von Namen, Herkunft, Schicksalen, Absichten und Reiseziel seiner Nachbarin.

Madame war in Marseille daheim. Ihr Vater war dort Reeder gewesen, aber vor einem Vierteljahr gestorben ohne seinen zahlreichen Kindern viel zu hinterlassen. Er hatte Vaudepessard geheißen. Madame hieß aber nicht mehr Vaudepessard, Madame war verheiratet, an einen Marineoffizier, den sie hatte kennen lernen, während sein Schiff auf der Reede von Marseille vor Anker gelegen. Er war ein junger Mann aus sehr vornehmem Hause. Er hieß Antoine Graf von Epaville. Sein Oheim war der regierende Herzog von Anglure, der in Deutschland ein kleines Fürstentum zur Entschädigung für ein Ländchen erhalten, welches er früher in den Niederlanden besessen und das an Frankreich gefallen. Der Graf von Epaville war aber mit dem Oheim-Herzog überworfen. Weshalb, darüber schwieg Madame. Der Reisende neben ihr fragte auch nicht danach. Genug, die herzogliche Verwandtschaft schien nicht viel einzubringen, sonst hätte Madame sich auch wohl nicht eines solchen Fortschaffungsmittels wie dieser langsamen Postkutsche bedient. Der Graf von Epaville, ihr Gemahl, war jedoch Besitzer der Güter, welche der Familie noch in den Niederlanden gehörten; nur waren diese Güter sehr verschuldet, sie waren sequestriert und brachten, so schien es nach Madames Aeußerungen, ungefähr dasselbe ein wie die Verwandtschaft mit dem in Deutschland entschädigten regierenden Herzog. Der Graf von Epaville hatte deshalb wieder Dienste genommen. Er hatte sich bei dem Großherzog von Berg in große Gunst gesetzt, in dessen unmittelbarer Umgebung er als Adjutant angestellt war. Während er sich in Belgien zur Ordnung seiner Angelegenheiten aufgehalten, hatte er seine Frau in das väterliche Haus nach Marseille zurückgeschickt. Sie hatte ihn in drei langen Jahren nicht gesehen. Er schien überhaupt nicht gerade zu der Art sehnsüchtiger und gemütreicher Gatten zu gehören, welche das Ideal liebender Frauenherzen sind. Madame schien mit seinen Lebensgewohnheiten und dem Maß von Anhänglichkeit und Hingebung, welche Graf Antoine ihr bewies, nicht überall einverstanden. Der Graf Antoine schien ein sehr lebenslustiger und mehr durch gesellige als durch häusliche Tugenden ausgezeichneter Offizier. Madame sprach von ihm nicht ganz in dem Tone einer Gattin, welche alle Gefühle ihres Herzens befriedigt, alle Regungen ihrer Seele verstanden sieht. Es lag etwas von Schwermut in den Aeußerungen, welche Madame über den Charakter ihres Gemahls fallen ließ. Der Gemahl — das ging aus ihren Mitteilungen hervor — spielte. Er machte Schulden. Er war ein wenig Coureur des filles. Das schimmerte freilich nur so durch, Madame war weit entfernt, es geradezu auszusprechen, nein, als liebende Gattin war sie bemüht, ihn zu verteidigen.

„Was soll man viel klagen," sagte sie, „er ist einmal nicht anders erzogen, er ist ein vornehmer Herr!"

Und doch, wie es scheint, ein Lump! dachte der Reisende dabei, natürlich ohne durch das Aussprechen einer so unumwundenen Ansicht die Gefühle seiner Reisegefährtin zu verletzen. Er sagte nur, mit einem etwas ironischen Tone, den Madame jedoch nicht bemerkte: „Sie hätten ihn eben nicht so lange verlassen sollen, Madame! Eine treue Gattin ist der Schutzengel eines solchen Mannes, den eine angeborene Lebhaftigkeit über seine Schranken hinauszuführen pflegt."

„Ach, mein Gott, was konnt' ich tun?" versetzte Madame. „Freilich, es gibt Frauen, die ihren Männern überallhin folgen, auf das Verdeck eines Schiffes oder auf den Rücken eines Pferdes, wie wahre Amazonen. Der Himmel hat mir nicht die Natur dazu gegeben. Ich bin eine schwache, furchtsame Frau. Ich ängstige mich vor allem. Eine Maus kann mir Krämpfe verursachen. Und was mich am meisten erschreckt, das sind ganz kleine junge Tiere, kleine Hunde oder gar Katzen — o mein Gott, wenn ich nur daran denke, wird mir unwohl. Ich begreife nicht, wie es Menschen gibt, welche diese kleinen Scheusale berühren, mit ihnen sogar spielen können! Erschreckt es Sie nicht, wenn Sie einen kleinen, noch ganz kleinen Hund um Ihre Füße trabbeln fühlen?"

„Nein, Madame," antwortete der Fremde trocken.

Und dann fuhr Madame zu erzählen fort, wie sie nie gewagt habe, ein Pferd zu besteigen, weil man ja doch so leicht herunterfallen könne; wie sie aber vor einer Gefahr, welche aus Verwicklungen des Schicksals oder moralischen Konflikten oder anderen Lagen, worin der Mensch geraten könne, drohe, durchaus keine Angst kenne, und auch bei einem Gewitter nicht im mindesten erschrecke, und ähnliche Phänomene ihrer moralischen Konstitution mehr, welche sie als höchst merkwürdige psychologische Rätsel ihrem Reisegefährten zu erklären aufgab; und ihr Reisegefährte war gutmütig genug, ihr diesen Gefallen zu tun, indem er einige Worte zur Charakteristik des physischen, von den Nerven bedingten, und des moralischen Muts fallen ließ; Worte, die Madame sehr vergnügt und geschmeichelt aufnahm.

Madame plauderte in dieser Weise weiter und teilte dem Fremden noch mit, daß sie, nach dem Tode ihres Vaters in Marseille, den Entschluß habe fassen müssen ihren Mann aufzusuchen, um von nun an bei ihm zu leben; denn da ihr Vater durchaus kein Vermögen hinterlassen, so sei ihr nichts übriggeblieben, als auf das alte unverjährbare Recht zurückzugehen, welches Frauen auf die Taschen ihrer Männer anweist. Sie hatte sich deshalb auf den Weg gemacht über Paris und Brüssel; und mit einem Umwege, den sie nicht gescheut, um sich einmal persönlich nach dem Stande der Angelegenheiten auf den sequestrierten Gütern ihres Mannes zu erkundigen, war sie über Rotterdam auf diese Route gekommen.

Ihr Reisegefährte nahm trotz seines Ernstes das alles, wie gesagt, sehr zutmütig und mit anscheinender Teilnahme auf; er war ihr behilflich, wenn sie aus- oder einstieg, wenn sie ihren Reisesack, der unter der Sitzbank lag und den sie mit ihren hilflosen kleinen Händen nicht bewältigen konnte, hervorgeholt wünschte, oder wo sonst eine Gelegenheit sich bot, ihr gefällig zu sein; auch ließ er es sich mit derselben harmlosen Gutmütigkeit

Siege Frankreichs zweifelt und einen Verständigungsfrieden für ratsam hält.

Jedes Volk steht unter dem Banne der großen Episoden seiner Geschichte und ist in Zeiten der Not geneigt, ihrem Beispiele zu folgen und ihre Rettungsmittel anzuwenden. Wie die französische Revolution nach dem unglücklich verlaufenden Krieg vom Jahre 1792 zum Terrorismus griff, um den Kampfmut der Franzosen zu beleben, so wird seit dem Sommer 1917 in Frankreich fieberhaft versucht, durch ein Schreckensregiment die Wankelmütigen zu beseitigen und die Kriegsfanatiker zur Herrschaft zu bringen. Das ist der Sinn des Jubels bei der Uebernahme des Ministeriums durch Clemenceau, in dem man den Träger des traditionellen Jakobinismus erblickt.

Den zahlreichen Verhaftungen und Anklagen, die samt und sonders nur die Propaganda für einen Verständigungsfrieden zur Grundlage haben, gesellt sich jetzt die aufsehenerregende Anklage gegen Joseph Caillaux, der im Jahre 1911 Ministerpräsident war und sich bemühte, seine Politik nach folgenden zwei Grundsätzen zu leiten: **Friede nach außen, Sozialreform im Innern.** Er versuchte, zu einem freundlichen Verhältnis mit Deutschland zu gelangen, was ihm besonders die englischen Politiker — mit der „Times" an der Spitze — sehr übel nahmen, und durch eine progressive Einkommensteuer die Mittel zu einer tiefgreifenden Sozialreform zu verschaffen, was die ganze französische Kapitalistenklasse alarmierte; die großen Pariser Blätter „Temps" und „Figaro" haßten ihn nicht minder, wie sie Jaures haßten. Es ist noch in aller Erinnerung, wie er und seine Frau in den Jahren 1913/14 von dieser Presse verfolgt wurden, so daß Madame Caillaux zur Selbstwehr griff und Gaston Calmette, den Redakteur des „Figaro", niederschoß. Und noch im vorigen Jahre wurden er und seine Frau im französischen Kurort Vichy vom Pöbel angegriffen. Sie flüchteten sich nach Italien, aber auch hier fanden sie keine Ruhe. Der römische Korrespondent der „Times" denunzierte Caillaux, daß er mit italienischen Friedensfreunden verkehrte und die englisch-französische Allance zu sprengen suchte.

Der Beginn des Terrorismus in Frankreich im Sommer 1916 sollte allen Freunden des Verständigungsfriedens verhängnisvoll werden. Das erste Opfer war Vigo-Almereyda, der Redakteur des „Bonnet Rouge". Dieses Blatt wurde im Juli 1914 mit 37 000 Frcs. von Caillaux unterstützt. Die Affäre Almereyda gab also der patriotischen Presse Gelegenheit, Caillaux in Verbindung mit den Verrätern zu bringen. Sodann kam die Bolo-Affäre, die noch größeres Aufsehen erregte, da sie die überpatriotischen Blätter wie „Journal" und „Rappel" als Stipendiaten eines rätselhaften Pascha aufdeckten. Da Bolo mehrere Jahre hindurch eine sehr bedeutende gesellschaftliche Stelle in Paris einnahm, war es unvermeidlich, daß er auch mit Caillaux bekannt war, wie mit so vielen anderen bedeutenden Persönlichkeiten Frankreichs. Als man aber Material gegen Caillaux suchte, war auch dessen Bekanntschaft mit Bolo ein weiterer gravierender Beweis seiner Verrätereien. Schließlich kam die Affäre Daudet-Malvy. Wie bekannt, wird der frühere Minister des Innern Malvy von Leon Daudet, Redakteur der „Action Francaise", angeklagt, den französischen Angriffsplan vom 16. April 1917 (Chemin des Dames) den Deutschen verraten zu haben. Man setzte es endlich durch, daß er formell in den Anklagezustand versetzt wurde, um vor dem Obersten Gerichtshof Gelegenheit zu haben, die Grundlosigkeit der Anklagen Daudets nachzuweisen. Wie ungesund der gegenwärtige moralisch Zustand Frankreichs ist, beweist der Umstand, daß Malvy es nicht wagen durfte, Daudet vor ein Geschworenengericht zu bringen, denn trotz der Schwere und der Absurdität der Anklage würden sich — wie Sembat und Renaudel in „Humanite" sowohl wie in der Kammer erklärten — in Paris keine Geschworenen finden, um Daudet zu verurteilen! Malvy ist aber ein intimer Freund von Caillaux, also ist Caillaux an dem Verrate Malvys mitschuldig!

Zu den alten Feinden von Caillaux — zu den „Temps", „Figaro", „Echo de Paris" und „Action Francaise" — gesellte sich kürzlich auch Herves „Victoire". Caillaux ließ sich jedoch am 23. November herbei, eine Klarstellung in der „Victoire" zu veröffentlichen, in der er die Nichtigkeit der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen beweist und zum Schluß ausführt:

„Ich weiß sehr gut, daß meine Gegner, die mich schon vor dem Kriege mit Anklagen überhäuften, und die vor einem Geschworenengerichte in ihr Nichts aufgelöst wurden, fortfahren werden, mich zu verfolgen. Sie werden mir meine **Politik der europäischen Versöhnung** und meine Steuerreform nie verzeihen. Sie werden mir auch meine Zurückhaltung nicht verzeihen, in der ich aus Gründen der Vaterlandsliebe verharre, und aus der ich nicht heraustreten werde, außer, wenn man mich hierzu zwingt."

Diese Erklärung vermochte jedoch nicht Herve abzuhalten, der allgemeinen Strömung der Pariser Presse zu folgen und dem vermeintlich toten Löwen einen Eselstritt zu versetzen; auch er klagte Caillaux an, der Geldgeber des „Bonnet Rouge", des „Pays" und anderer friedensfreundlicher Blätter gewesen zu sein und mit Bolo verkehrt zu haben.

Inzwischen folgte Italien dem Beispiele Frankreichs. Nach dem Zusammenbruch am Isonzo entdeckten auch die Italiener ein Nest von Verrätern und nahmen Verhaftungen vor, darunter den Finanzier Cavallini und seine Frau (eine geborene Mercedes), die ebenfalls des Pazifismus beschuldigt sind. Im Winter 1916 während seines Aufenthalts in Rom, soll Caillaux mit Cavallini und mit Scarneglie, dem Redakteur des friedensfreundlichen „Matin", eine Unterredung gehabt haben. Sie sollen ferner im Hotel Minerva in Rom pazifistische Konferenzen abgehalten haben, wovon der Korrespondent der „Times" und Lord Northcliffe durch Spione unterrichtet gewesen seien. Die englische Entrüstung hätte damals Sonnino veranlaßt, einen Ausweisungsbefehl gegen Caillaux zu erlassen, was ihm jedoch von der französischen Regierung (dem Ministerium Briand) widerraten worden sei.

So sammelten sich die Wolken über dem Haupte von Caillaux, bis Clemenceau sie jetzt zur Entladung brachte. Caillaux soll sich vor einem Kriegsgericht verantworten wegen folgender Punkte: 1. friedensfreundliche Intrigen innerhalb Frankreichs selbst (Unterstützung des „Bonnet Rouge", des früheren „Pays" usw.); 2. Versuche, das englisch-französische Bündnis zu sprengen; 3. hochverräterische Besprechungen. Mit ihm ist der französische Abgeordnete Loustalet angeklagt, die Vermittlerrolle zwischen Caillaux und Cavallini gespielt zu haben. Wären in Deutschland derartige Gesichtspunkte maßgebend so käme die ganze Reichstagsmehrheit und mit ihr das gegenwärtige Ministerium als eine Bande von Hochverrätern auf die Anklagebank.

Caillaux wird nunmehr aus seiner Reserve heraustreten und sprechen müssen. Er wird uns so manches Interessante aus der Vorgeschichte des Krieges zu erzählen haben. Caillaux muß jetzt buchstäblich um sein Leben kämpfen. Der französische Terrorismus denkt an die Wiederaufrichtung der Guillotine. „Les Dieux ont soif" — die Götter dürsten nach Blut.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Für Siegfrieden, Klassenwahlrecht und höhere Butterpreise.

Im Herrenhaus versammelte sich am Dienstag der Vereinsausschuß der brandenburgischen Landwirtschaftskammer. Graf von der Schulenburg sprach über Hindenburg, Friedrich den Großen, Siegeswillen und Siegesmut, gegen „die Bestrebungen, die jetzt am Werke sind, um den preußischen Staat in seinen Grundfesten zu erschüttern", und schloß mit einem dreifachen Hurra auf den Landesherrn.

Sodann wurde folgender Antrag angenommen: „Die Landwirtschaftskammer solle mit allen Mitteln bei der Reichsfettstelle eine schleunige Erhöhung der **Milch- und Butterpreise** erwirken."

Beginn der Verschleppungstaktik.

Die Versuche, das Zustandekommen der Wahlrechtsreform zu verschleppen, haben bereits mit voller Kraft eingesetzt. Nicht nur, daß die erste Sitzung der Wahlrechtskommission erst am 11. Januar stattfinden soll, ist auch in Aussicht genommen, zunächst in eine Generaldebatte einzutreten und erst nach deren Erledigung an die Beratung der einzelnen Gesetzentwürfe zu gehen. Dazu kommt, daß die Regierung ersucht worden ist, der Kommission umfangreiches Material zu unterbreiten, u. a. soll sie eine Geschichte des Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten und eine Geschichte des Herrenhauses geben; ferner soll sie die gesetzlichen Bestimmungen der außerpreußischen Länder beibringen und auch die statistischen Ergebnisse der letzten Wahlen mitteilen. Da außerdem von konservativer Seite angekündigt ist, daß noch weiteres Material eingefordert werden wird, so können sich die Verhandlungen wer weiß wie lange ausdehnen. Und das, obwohl der bekannte Verschleppungskommissar, Abg. v. Zedlitz, nicht einmal Mitglied der Kommission ist; wie uns mitgeteilt wurde, ist er bei der in seiner Fraktion vorgenommenen Zettelwahl durchgefallen.

Die bayerischen Herrenhäusler gegen die preußischen Junker.

Die Konservativen im preußischen Abgeordnetenhaus haben dem allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für Preußen heftigste Fehde angesagt. Und man kann überzeugt sein, sie werden alles aufbieten, den Entwurf der Regierung zu Fall zu bringen, oder doch so zu verhunzen, daß er der Demokratie wertlos erscheinen muß. Sie wollen die Macht, die sie auf Grund eines durch die Gewalt oktroyierten, gänzlich veralteten Wahlrechts besitzen, nicht aus der Hand geben. Sie pochen auf ihre Privilegien und scheren sich den Teufel um die berechtigten Wünsche des Volkes. Es kümmert sie nicht, wenn auch ihre Machtgelüste den Staat in den Abgrund führen. Sie versuchen ihre Haltung mit der „Eigenart Preußens" zu rechtfertigen, geben vor, die Rechte der Krone schützen zu müssen, die doch selbst für das allgemeine gleiche Wahlrecht sich eingesetzt hat.

Mehr Einfluß als die preußischen Junker hatten seinerzeit die bayerischen Granden erwiesen, als es sich um die Einführung des gleichen Wahlrechts in Bayern handelte. Am 16. Januar 1906 wurde der Gesetzentwurf in den Ausschuß der 1. bayerischen Kammer verhandelt. Die Herren Reichsräte legten namentlich ein größeres Verantwortlichkeitsgefühl an den Tag; es bangte ihnen um die Unzufriedenheit des Volkes, wenn die Aenderung des Wahlrechts nicht käme. So sagte u. a. der jetzige Reichskanzler **Frhr. v. Hertling**, er stimme unter allen Umständen für das Gesetz, denn er fürchte, daß, wenn das Gesetz noch einmal zu Fall kommen werde, das ganze Land eine noch größere Beunruhigung erleiden dürfte. Reichsrat Ritter v. **Thielemann** erachtete das Zustandekommen des Gesetzes als ein „Gebot der Notwendigkeit". u. a auch deswegen, weil das bisherige Wahlgesetz „zweifellos veraltet und dringend einer zeitgemäßen Umgestaltung bedürftig" sei. Die gewichtigsten Worte für das allgemeine gleiche Wahlrecht sprach Prinz Ludwig von Bayern. Er forderte einmännige Wahlkreise, die Regelung der Wahlkreise nach dem jeweiligen Bevölkerungsstand. Maßgebend für ihn sei der Umstand, daß die ganze Mehrheit des Volkes eine Aenderung des Wahlgesetzes wünsche. Dann äußerte er sich zugunsten des geheimen Wahlrechts wie folgt: „Seiner Anschauung nach sei die geheime Wahl ein Schutz der Schwachen gegen die Starken. Vielfach würden gerade abhängige Leute veranlaßt, anders zu wählen, als sie beabsichtigten. Es gäbe gewissenlose Menschen genug, die ihre Untergebenen zwängen, ganz anders zu wählen, als sie möchten. . . Die Wahlen gäben seiner Meinung nach in der Regel dann ein getreues Bild von der Gesinnung der gesamten Bevölkerung, wenn sie ein gleiches, allgemeines direktes und geheimes Wahlrecht besitze." — So die bayerischen Herrenhäusler, die damit ein gut Teil politischer Einsicht bewiesen. Die preußischen Junker denken trotz allem anders.

Die politische Freiheit der Beamtenschaft.

Die Vaterlandspartei hat sich ihr erstes wirkliches Verdienst erworben. Das war natürlich, wie es in ihrem ganzen Charakter liegt, ein Verdienst wider Willen. Es bestand in der Interpellation über die Freiheit der politischen Betätigung der Beamten, die gegenwärtig im preußischen Abgeordnetenhause zur Verhandlung gekommen ist.

Die politische Betätigung der Beamten ist grundsätzlich ein ziemlich schwieriges Problem. An sich erscheint es ja außerordentlich einfach, zu sagen, daß der Beamte genau wie jeder andere Staatsbürger vollkommene Freiheit haben müsse, sich außerhalb seiner Berufstätigkeit politisch zu betätigen. Aber das ist bis zum letzten Ende nicht ohne weiteres durchzuführen. Der Oberpräsident, der Regierungspräsident und der Landrat, oder wie sonst die höheren Beamten der politischen Verwaltung heißen, können nicht gut in die allerschroffste Opposition zur Regierung treten, ohne daß diese dadurch in der Erfüllung ihrer Amtsaufgaben beeinträchtigt wird. Es liegt hier eine ähnliche Frage vor, wie wir sie in der Zeit der Parteistreitigkeiten oft erörtert haben. Ein technischer Angestellter in einem Parteibetrieb kann natürlich ohne weiteres politisch seinen Standpunkt wechseln — auf seine Beschäftigung in der Setzerei oder Expedition der Parteizeitung braucht das keinen Einfluß zu haben. Ein Parteiredakteur oder Parteisekretär muß hingegen zweifellos sein Amt aufgeben, wenn er Standpunkt und Tätigkeit der Partei öffentlich zu bekämpfen sich durch sein Gewissen verpflichtet glaubt.

Die Schwierigkeit der Vereinigung von Beamtenpflicht und Staatsbürgerfreiheit hat man in den verschiedenen Ländern verschieden zu überwinden gesucht. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika besetzte die bei den Präsidentenwahlen siegreiche Partei ohne weiteres alle Beamtenposten mit ihren Anhängern. Unterlag sie bei den n[illegible] Wahlen, so wurde ein vollständiger Wechsel vorgenommen: alle Beamten bis herunter zum Nachtwächter wurden entlassen und durch Männer der nunmehr herrschenden Richtung ersetzt. Erst in jüngster Zeit hat man den Versuch gemacht, wenigstens die Angestellten der rein technischen Betriebe von dieser Parteienauswahl freizulassen. In Preußen-Deutschland konnte der Beamte bisher grundsätzlich sich politisch frei betätigen, ohne daß dies auf sein Amt und seine Beförderung Einfluß haben sollte. Nur Sozialdemokrat durfte er nicht sein, weil dies antimonarchisch, antinational und staatsgefährlich sei. Und wie man bis unmittelbar vor dem Kriege die Sozialdemokratie verfemte, so hatte man früher die Fortschrittler und das Zentrum und zeitweise sogar die Nationalliberalen geächtet. Die Erfahrung zeigte den Beamten sehr bald, daß zu den höheren Stellen nur aufrückte, wer sich mit den Konservativen gut zu stellen wußte, und so war trotz einzelner Ausnahmen der ganze Beamtenapparat konservativ. Besonders der Landrat wurde geradezu der konservative Wahlmacher; und wenn die Regierung bei einer Reichstagsauflösung gegen irgend welche Opposition „sammelte", war die Beamtenschaft von oben bis unten, in der politischen Verwaltung wie bei der Post und Eisenbahn, der Kern ihres Kampfheeres.

Weder das amerikanische noch das preußiche System können Beifall ernten. Nur da kann die Staatsverwaltung gedeihen, wo die Beamten lediglich nach ihrer beruflichen Tüchtigkeit, nicht nach religiösen oder politischen Bekenntnissen bewertet werden. Je weiter die Staatsbetriebe sich ausdehnen, desto notwendiger wird die politische Freiheit der Beamtenschaft. Sie muß gänzlich unbeschränkt sein gleich der jedes anderen Staatsbürgers. Eine Ausnahme darf nur bei den rein politischen Beamten gemacht werden. Auch dort braucht sie sich aber nicht bis herunter zum Schutzmann oder zum Sekretär einer Verwaltungsbehörde zu erstrecken; es genügt vielmehr durchaus, wenn den leitenden Beamten der politischen Verwaltung eine gewisse Zurückhaltung auferlegt wird.

In diesem Sinne hat der preußische Minister des Innern, Dr. Drews, am 1. Oktober verfügt, es sei nicht wünschenswert, wenn die politischen Beamten in der rednerischen und schriftstellerischen Werbearbeit für die Vaterlandspartei in den Vordergrund träten. Diesen Erlaß hat er jetzt dahin verdeutlicht, daß er keine Ausnahmebestimmung gegen die Vaterlandspartei sein solle; die Regierung wünsche vielmehr überhaupt nicht, daß ihre Beamten sich im politischen Kampfe allzusehr vordrängten, weil dadurch ständig die Gefahr des Amtsmißbrauchs und zugleich eine Erschütterung des Vertrauens der Bevölkerung in die Amtsführung hervorgerufen würde. Mit dieser Auskunft kann man sich **vorläufig** zufrieden geben. Nach dem Kriege wird die Freiheit der Beamten fest untermauert werden müssen. Die Erklärung

---

gefallen, daß Madame mit ihm sehr graziös kokettierte; obwohl das Lächeln, welches von ihren Anmutentwicklungen auf seine Lippen gelockt wurde, den vorherrschenden ernsten, ja düstern Ausdruck seiner Züge nicht verscheuchen konnte. Auch war er anfangs weit entfernt, ihre Offenheiten durch gleiche Aufrichtigkeit zu erwidern. Er nannte weder seinen Namen, noch gab er an, woher er komme, und ebensowenig sprach er sich über das Ziel seiner Reise aus. Nur soviel ließ sich aus seinen gelegentlichen Aeußerungen erkennen, daß er weite Reisen in fernen Ländern gemacht; daß er den Norden wie den Süden Amerikas gesehen; daß er vertraut war mit den Sitten und den Sprachen der großen Völker jenseits des Atlantischen Ozeans, als ob er viele Jahre dort zugebracht.

Die lebhafte kleine Gräfin fragte endlich geradezu nach seiner Heimat und seinen Lebensverhältnissen; Madame lispelte das so anmutig freundlich mit ihren kirschroten Lippen und mit so sprechend teilnehmenden Blicken, daß sie gewiß sein durfte, er nehme ihre Neugier nicht übel auf.

Er tat es in Wirklichkeit nicht.

„Ich wollte, ich könnte Ihnen eine Antwort geben auf Ihre Frage nach meiner Heimat," antwortete der Fremde. „Leider habe ich keine Heimat mehr. Ich bin ein Reisender gewesen alle diese Jahre her. Ich bin in die Welt gegangen, um das Glück zu suchen; wenn man jung ist, hat man solche Ideen. — Glück — als ob man es suchen, sich einfangen oder von den Bäumen schütteln könne! Ich habe nichts gefangen, nichts von den Bäumen geschüttelt, nichts gefunden; ich kehre zurück, gerade so arm, wie ich gegangen bin!"

„Sie kehren zurück," fiel Madame ein, „der Ort, wohin Sie zurückkehren, ist dann doch Ihre Heimat!"

„Wenn Sie wollen, ja. Aber ich finde niemand dort, der mir verwandt wäre, keine Scholle Landes, die mir gehörte, kein Dach, dessen Schutz mich erwartete."

„So nehmen Sie Dienste, mein Mann, der Adjutant des Großherzogs, wird gewiß alles aufbieten, Ihnen dabei behilflich zu sein; ich werde Sie ihm vorstellen . . ."

„Ich danke Ihnen für Ihre Güte," antwortete der Fremde lächelnd. Nach einer Pause sagte er: „Vielleicht werde ich in der Tat Ihre Güte in Anspruch nehmen. Ich habe eine Angelegenheit zu betreiben, bei welcher mir eine Fürsprache bei dem Großherzog von großer Förderniß sein könnte."

„O zweifeln Sie nicht," rief Madame mit großem Eifer aus. „Wenn Sie mich schon jetzt in Ihre Angelegenheit einweihen wollen —"

„Ich weiß nicht, ob Ihnen dieselbe ganz verständlich ist. Es liegt im Großherzogtum ein Gut, welches meinem Vater gehörte. Der letztere war leider durch unglückliche Umstände so in Schulden geraten, daß es nach seinem Tode den Gläubigern anheimfiel. Mir blieb nichts davon übrig und deshalb verließ ich, wie ich schon sagte, die Heimat. Das Gut, von dem ich Ihnen rede, war aber ein Lehngut. Es durfte nicht veräußert, nur die Einkünfte konnten den Gläubigern überlassen werden. Seitdem das Land unter französischer Herrschaft steht, ist jedoch das Lehnswesen aufgehoben. Infolge davon wird das Gut meines Vaters bereits [illegible] sein und dann darf ich hoffen, daß der Verkauf einen Ueberschuß über den Schuldenbetrag ergeben hat, welchen ich ausgeantwortet zu erhalten hoffe. Oder es ist noch nicht veräußert. In diesem Falle werde ich meine Rechte geltend machen dahin, daß man mir den Besitz einräume; ich werde dann durch die jetzt gesetzlich erlaubte Veräußerung einesteils die Schulden abtragen und mir einen kleinen Rest meines alten angestammten Erbes retten können."

„O, ich verstehe das recht gut," erwiderte Madame auf diese Auseinandersetzung, „Sie sind deshalb also aus der Fremde zurückgekommen?"

„Deshalb — weil ich in den Zeitungen von den großen Veränderungen las, welche in meinem Vaterlande durch die neue Herrschaft vorgekommen sind. Da ich in der Neuen Welt ein neues Glück nicht gefunden habe, bin ich zurückgekehrt, um in der Alten zusammenzuklauben, was noch von Ueberresten und verkommenen Brocken eines alten Glücks übriggelassen sein mag."

Madame legte nun dem Fremden dringend ans Herz, sie recht bald zu besuchen, wenn sie am Ziele ihrer Reise, in der großherzoglich bergischen Hauptstadt angekommen seien, damit sie ihn dann ihrem Manne vorstelle, der . . . das konnte sie fest zusagen . . . sich aufs lebhafteste für ihn verwenden werde.

Ihr Reisegefährte versprach dies zu tun, wenn auch in der ruhigen und kalt höflichen Weise, die sein ganzes Benehmen charakterisierte, und bewies, daß er Hoffnungen und Aussichten, welche ihm das Leben eröffnete, durchaus nicht mit sanguinischem Eifer aufzunehmen pflegte, sondern viel eher mit der bedächtigen Vorsicht eines Mannes, welcher an Täuschungen gewöhnt ist und einsehen gelernt hat, was menschliche Berechnungen und Voraussetzungen wert sind. Doch war er von nun an um vieles offener gegen seine Wagennachbarin und sprach sich über Menschen und Welt in einer Art aus, die Madame höchst originell und unterhaltend fand — einem ernstern Geiste hätten sie vielleicht einen andern Eindruck gemacht und Anlaß gegeben, über den Einfluß nachzudenken, den widrige Lebensschicksale auf unser Denken, unser Fühlen und unsern Glauben haben.

Die kleine Gräfin aus Marseille hörte aufmerksam, wenn auch zuweilen mit einem leisen Gähnen, das sie unter freundlichem Lächeln zu verstecken suchte, derartigen Aeußerungen zu, und so kam es, daß man in dem besten gegenseitigen Einvernehmen sich endlich seinem Ziele näherte. Bei der Langsamkeit der Fortbewegungsanstalt, welcher man sich überlassen, wurde es jedoch späte, tiefe Nacht, bevor man wirklich die Hauptstadt des bergischen Landes erreichte. Die Frau Gräfin konnte nicht mehr daran denken, jetzt noch ihren Gatten aufzusuchen; es blieb ihr nichts übrig, da sie nicht einmal seine Wohnung wußte, als sich in den nächsten anständigen Gasthof zu begeben. Der Fremde schloß sich ihr dabei an, und während die Postbedienten versprachen, daß sie das Gepäck dahin abliefern würden, nahm der letztere den kleinen schlaftrunkenen Husaren, der die reisende Gräfin eskortierte, auf den Arm und trug ihn durch die schweigenden dunkeln Gassen bis zu den „Drei Reichskronen", wo schon alles in tiefer Ruhe lag und nur durch langes und zähbeharrliches Anklopfen ein unglücklicher Kellner aus den Federn zu bringen war.

(Fortsetzung folgt.)

des Ministers, daß die Regierung auch heute noch keine Parteien kenne, sondern nur Deutsche, wird dann in der Gesetzgebung ihren Ausdruck finden müssen. Der Kreis der politischen Beamten, die in ihrer öffentlichen Betätigung nicht direkt gegen die Regierung vorgehen dürfen, wird dann genau und eng zu umgrenzen sein. Einstweilen hat die Anmaßung der Vaterlandspartei, ein Vorrecht für ihre „nationale" Tätigkeit zu erhalten, vom Regierungstisch die gebührende deutliche Zurückweisung erfahren. Das wird den Wahlrechtsminister Dr. Drews bei den Konservativen und Alldeutschen, wenn es möglich ist, noch unbeliebter machen als bisher. Um so besser für sein Ansehen im Volk.

Die Komik, die darin liegt, daß ausgerechnet die Konservativen und ihre Gefolgschaft unter den anders bezeichneten Erkorenen des Dreiklassenparlaments sich für die politische Freiheit der Beamten schlagen, kam freilich in des Ministers trockener Antwort nicht recht zur Geltung. Aber schon die bloße Tatsache dieses inneren Widerspruches wird sehr zur Erheiterung in diesen trüben Zeiten beitragen. Den Beamten selbst aber wird die Durchsetzung einer neuen Teuerungszulage, die ihnen jetzt freilich nur als einmalige Gabe und in unzureichender Höhe zugesichert worden ist, sicherlich unendlich wertvoller sein, als der sehr neue und sehr merkwürdige Eifer der „Vaterlandsretter" für ihren Schutz gegen ministerielle Angriffe auf die Meinungsfreiheit.

Die Teuerungszulage der Beamten im preußischen Abgeordnetenhause.

Das preußische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Freitag mit den Anträgen auf Gewährung von Kriegsteuerungszulagen an die Beamten, Lehrer, Pensionäre usw. Nach den Vorschlägen der verstärkten Staatshaushaltskommission, die die Anträge vorberaten hat, sollen zunächst einmalige Teuerungszulagen gewährt werden, und zwar sollen erhalten die unverheirateten Beamten, Volksschullehrer usw. bis zu einem Einkommen von 13000 Mk. (ohne Wohnungsgeldzuschuß) einen Grundbetrag von 200 Mk. und für jedes unversorgte Kind weitere 20 Mk., die unverheirateten Beamten bis zu einem Einkommen von 6000 Mk. sollen 150 Mk. bekommen. Der Ausschuß erklärt in einer Entschließung ausdrücklich, daß die gegenwärtigen Zulagen aus Anlaß der Kriegsteuerung unzureichend seien und daß er nur im Interesse einer beschleunigten Hilfe für die notleidenden Beamten sich zunächst mit einer einmaligen Zulage begnügen wolle. Er hoffe jedoch bestimmt, daß spätestens mit Beginn des nächsten Etatsjahres höhere laufende Sätze gewährt werden. Gleichzeitig ersucht der Ausschuß die Regierung, bei Gewährung von Teuerungszulagen und Kriegsbeihilfen an die Pensionäre neben den sonstigen Voraussetzungen das aus der Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst sich ergebende Einkommen nur zu berücksichtigen, soweit es den Betrag von 1000 Mk. jährlich übersteigt. — Der Finanzminister Herzt gab zu, daß die Teuerung beängstigend gestiegen und eine Aufbesserung dringend nötig sei. Er erklärte sich gerne bereit, den Beamten Teuerungszulagen zu gewähren, betonte aber, daß der Staat über eine gewisse Grenze nicht hinausgehen könne. Diese sei durch die Beschlüsse des Ausschusses im Augenblick erreicht. Die Regierung habe gegen die Beschlüsse zwar Bedenken, sie sei aber bereit, diese im Interesse der Beamten zurückzustellen. Die Auszahlung der Zulagen an die Volksschullehrer soll beschleunigt werden.

Nach dieser Erklärung verlief die Debatte ziemlich kurz, da über die Frage selbst keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestanden. Nachdem u. a. Genosse Leinert sich warm der Wünsche der Beamten und besonders der Pensionäre angenommen hatte, gelangten die Anträge des Ausschusses einstimmig unverändert zur Annahme.

Wie am Donnerstag, so wurde auch am Freitag wieder über die Arbeiterunruhen in den Bergwerksbetrieben gesprochen, nur mit dem Unterschied, daß der Redner, der diesmal die Interessen der Arbeiter wahrnehmen zu sollen glaubte, der unabhängige Abgeordnete Ströbel, seine Aufgabe am besten dadurch lösen zu können meinte, daß er sich in maßlos heftigen Ausfällen gegen die Mehrheit der Sozialdemokratie erging, von der er behauptete, daß sie schuld an der Verlängerung des Krieges und an den Schwierigkeiten auf dem Lebensmittelmarkt sei. Es ist bedauerlich, daß diese Anwürfe, mit denen die Unabhängigen in Volksversammlungen zu operieren pflegen, auch von der Tribüne des Parlaments herab gegen die Sozialdemokratie geschleudert werden. Eine Erwiderung ist unseren Genossen infolge der Gestaltung der Rednerliste nicht möglich gewesen. Wie sehr Ströbel den Arbeitern durch sein Auftreten geschadet hat, bewies die Rede des Abg. Schrader, eines Bergwerksdirektors, der sich die Gelegenheit nicht entgehen ließ, die Streiks der Bergarbeiter entschieden zu verurteilen.

Nach Annahme der Kommissionsanträge ging das Haus in die Weihnachtsferien. Die nächste Sitzung findet am 15. Januar statt. Auf der Tagesordnung stehen die Petitionen über das kommunale Frauenwahlrecht.

Ernährungsfragen.

Die Oberbürgermeister gegen die Kartoffelversorgung.

Gestern früh ist dem Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes eine von 40 Oberbürgermeistern großer deutscher Städte unterzeichnete Erklärung überreicht worden, in der dringend gebeten wird, von jeder Maßregel Abstand zu nehmen, die zu einer Verfütterung von Kartoffeln über das bisher zulässige Maß hinausführt. Mit Rücksicht auf das Ergebnis der Bestandserhebungen wird dargelegt, daß es sachlich unmöglich ist, an eine Verfütterung zu denken, solange nicht der zentralen Stelle das tatsächliche Vorhandensein und die Sicherung aller erforderlichen Speisekartoffeln in Natur nachgewiesen ist. Nachdem weiter betont ist, daß für die Kartoffelversorgung des Frühjahrs und Sommers noch keinerlei Gewähr besteht, und daß anscheinend auch die dringend erforderlichen Reserven noch nicht vorhanden sind, wird auf den sehr berechtigten Wunsch der städtischen Bevölkerung nach einer Erhöhung der Kartoffelration hingewiesen, die in dem Augenblicke durchzuführen wäre, wo die Möglichkeit dazu sich aus den tatsächlichen Verhältnissen ergibt. Unterzeichnet ist der Antrag u. a. von sämtlichen Groß-Berliner Oberbürgermeistern, an der Spitze von Oberbürgermeister Wermuth. Weiter finden sich die Unterschriften der Oberbürgermeister von München, Leipzig, Köln, Dresden, Breslau, Frankfurt a. M., Nürnberg, Mannheim sowie der anderen größten Städte. Besonders zahlreich sind die Unterschriften aus dem westlichen Industriegebiet und aus dem Königreich Sachsen.

Aus der Partei.

Der Vorwärts-Abreißkalender für 1918, ein guter alter Bekannter, ist auch dieses Jahr trotz Kriegsnot und Papiermangel wieder erschienen. Das Einrahmungsbild ist besonders aktuell; es zeigt den jugendschönen Genius der Zeit, wie er den finstern Kriegsmächten das abgelaufene Stundenglas vorhält. So kündet es den Anbruch einer hellen Zukunft. Im übrigen ist die Ausstattung die gewohnte alte, nur daß die Datenzahlen der Sonntage besonders herausgehoben sind. Vor allem bietet die Rückseite wieder eine solche Fülle politisch-statistischer Notizen, gewerkschaftlicher und konsumgenossenschaftlicher Uebersichten, von trefflich gewählten Gedichten, Aussprüchen, Zitaten, daß mancher dieses wertvolle Material sich sammeln wird. Jeder Tag bietet etwas zum Nachdenken, zum Vergegenwärtigen oder zum künstlerischen Genießen. Es gibt keinen zweiten Kalender, der dem aufgeklärten Arbeiter ein so treuer und vielseitiger Gefährte für das ganze Jahr wäre. Leider ist der Kalender bei seiner Ausgabe auch in diesem Jahre so gut wie vergriffen, trotzdem die Vorwärtsdruckerei, in deren Verlag der Kalender erscheint, den verspätet einlaufenden Bestellungen durch bedeutend erhöhte Auflage Rechnung zu tragen glaubte.

Mandatspolitik. In der „Neuen Zeit" hat der Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme", Genosse Hermann Kranold, für die ersten Reichstagswahlen nach dem Kriege wegen ihrer besonderen Bedeutung für das Schicksal des deutschen Volkes ein Zusammengehen mit den Unabhängigen Sozialdemokraten empfohlen. Es sollte in jedem Wahlkreise nur ein sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt werden, und zwar entweder der bisherige Mandatsinhaber, oder wo ein Bürgerlicher das Mandat besitze, ein sozialdemokratischer Kandidat der Richtung, welche in dem Kreise die meisten zahlenden Mitglieder hätte. Ersparte sich das Proletariat auf diese Weise im ersten Wahlgange den Bruderkrieg, dann könnte es im zweiten Wahlgange mit dem fortschrittlichen Bürgertum ein aussichtsreiches Stichwahlabkommen treffen. Müssen wir noch erst berichten, daß die Parteikorrespondenz der Unabhängigen ganze Kübel voll Hohn und Schimpf über diesen Verständigungsvorschlag ausgießt? Die Unabhängigen seien von solchem „Mandatskuhhandel" weit entfernt. Die Aufklärung der Massen sei ihnen die Hauptsache. Sie sähen die Scheidemänner, einschließlich des Genossen Kranold, auch garnicht mehr als Sozialdemokraten an. Der nächste Wahlkampf werde vollständig beherrscht sein von dem grundsätzlichen Unterschied der Prinzipien der U. S. P. und der „Regierungssozialisten". Diese Antwort ist bezeichnend für die Macher der U. S. P. Man muß sich nur wundern darüber, daß Arbeiter, die ihre Klassenlage erkannt haben wollen, ein solches Treiben mitmachen.

Gewerkschaftsbewegung.

Protest der Bäcker gegen eine Maßnahme des Kriegsernährungsamts. Die Angehörigen des Bäckergewerbes haben bekanntlich mit wenigen Ausnahmen sich zugunsten eines dauernden Nachtbackverbots erklärt; sie begrüßen es, daß die Regierung sich bereit zeigte, ein solches Verbot auch für die Friedenszeit zu erlassen. Die Bäckereiarbeiter sind nun der Ansicht, daß bis zur Verabschiedung des endgültigen Gesetzes die jetzt gültige Verordnung über die Bereitung von Backwaren in ihren einzelnen Bestimmungen aufrecht zu erhalten ist, insbesondere, daß keine Verschlechterungen in bezug auf die Nachtruhe vorgenommen werden dürfen, weil sie sonst umso leichter auch in das Dauergesetz hineingeraten. Es handelt sich dabei vor allem um die sogenannten Vorarbeiten für den Backprozeß, die jetzt nur in der zugelassenen Tagesarbeitszeit vollführen werden dürfen. Die Großkapitalisten der Brotbranche möchten alle möglichen Arbeiten zu diesen Vorarbeiten rechnen, um so freie Hand für eine gesetzlich verstümmelte Nachtruhe zu haben. Die Organisation der Bäcker widersetzt sich natürlich diesen Bestrebungen. Zuletzt versuchten die sächsischen Brotfabrikanten wieder einen solchen Vorstoß; sie brachten ein Gutachten herbei, nach dem die Sauerführung unbedingt durch Ueberwachung eine zeitweilige Nachtarbeit erfordere, wenn das Brot unter den heutigen Rohstoffverhältnissen genießbar geraten solle. Das sächsische Ministerium stellte darauf wirklich beim Kriegsernährungsamt den Antrag, die gegenwärtigen Bestimmungen den Wünschen der Herren entsprechend umzuändern. Darauf ging zwar das Kriegsernährungsamt nicht ein, unternahm aber dafür einen Schritt, der noch viel bedenklicher ist, weil er obendrein der Willkür die Tür öffnet. Nach § 9, Absatz 2 der jetzt geltenden Verordnung kann die obere Verwaltungsbehörde in besonderen Notfällen, oder wenn es im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere zur Befriedigung plötzlich auftretenden Bedarfs der Heeres- und Marineverwaltung, ganz allgemein Ausnahmen zulassen, also die Nachtruhe einschränken oder aufheben, kann auch Anfangs- und Endzeiten der Arbeitszeit verlegen. Um den Wünschen der Großfabrikanten nun nachzukommen, eine Aenderung der Verordnung aber zu umgehen, erläßt das Kriegsernährungsamt unter dem 17. November einfach ein Rundschreiben an alle Bundesregierungen, in welchem es ersucht, die oberen Verwaltungsbehörden anzuweisen (!), überall jetzt solche Ausnahmen zuzulassen. Ein Notfall müsse ohne weiteres als vorliegend erachtet werden, wenn die örtlichen Verhältnisse, insbesondere die hohe Ausmahlung und die Notwendigkeit der Streckung des Brotes mit Kartoffeln im Interesse einer möglichst gründlichen Ausbackung des Brotes die Vornahme von Vorarbeiten zur Nachtzeit erfordert. Die Bundesregierungen werden ergebenst gebeten, diesen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, und demgemäß auf die höheren Verwaltungsbehörden einwirken zu wollen, daß sie von der Befugnis der Zulassung von Ausnahmen Gebrauch machen. Was also in der heutigen Verordnung nur als Ausnahme zugelassen ist, und was in den drei Jahren seit Erlaß der Verordnung auch nur als Ausnahme notwendig war, das soll jetzt mit einem Male als Regelzustand durchgeführt werden! Ganz hinfällig ist die Begründung mit der hohen Ausmahlung und der Streckung durch Kartoffeln. Die hohe Ausmahlung haben wir nun schon lange, aber die wirklich gute Qualität des Getreides gibt in diesem Jahre trotzdem ein gutes Brot, und eine Streckung mit Kartoffeln haben die Bäcker auch nicht zum erstenmal erlebt, als daß sie sich damit nicht zu behelfen wüßten. Sie kennen die Handhabung zur Genüge und wenn sie im zweiten Kriegsjahre damit ohne allgemeine Vorarbeiten fertig wurden, so wird es jetzt erst recht gehen. Die Maßnahme des Kriegsernährungsamts erscheint sonach durchaus unbegründet. Es steht wohl zu erwarten, daß die Bundesregierungen — vielleicht mit Ausnahme des im Rückschritt immer fortschrittlichen Sachsens — dem Verlangen des Kriegsernährungsamts nicht Rechnung tragen, sondern wie bisher nur bei wirklichen örtlichen Notständen einmal dazu übergehen, den Bäckern die Nachtruhe — und dann auch nur vorübergehend — wieder einzuschränken.

Aus Nah und Fern.

Verzweiflungstat einer Mutter. In der Gartenstraße 67 in Berlin wurde Donnerstag nacht eine Frau Dahns mit ihren sieben und vier Jahre alten Kindern Otto und Lotte besinnungslos aufgefunden. Wiederbelebungsversuche hatten nur bei der Frau Erfolg; die Kinder waren bereits tot. Vor einigen Wochen erschien in dem genannten Hause die Frau Dahns und bat den Hauswirt für sich und ihre beiden Kinder um eine Kellerwohnung, die ihr dann auch abgelassen wurde. Die Frau unterhielt mit niemand Verkehr, sodaß ihre Verhältnisse noch völlig ungeklärt sind. Donnerstag nacht fand der Hauswirt seine Mieterin bewußtlos auf der Kellertreppe. Als man die Schwerkranke nach ihrem Stübchen im Keller des Vorderhauses brachte, fand man hier, auf einem Lumpenbündel liegend, auch die beiden Kinder bewußtlos vor. Ein herbeigerufener Arzt konnte aber nur noch deren Tod feststellen. Die Frau wurde nach dem Lazaruskrankenhaus geschafft. Nach den bisherigen Feststellungen scheint Vergiftung vorzuliegen. Da sich in dem Wohnraum keinerlei Möbel befanden, scheint die Frau aus Not und Entbehrung den unseligen Entschluß gefaßt zu haben, mit ihren Kindern gemeinsam aus dem Leben zu scheiden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co, Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im Lübecker Volksboten

Gesuch: (4111
eine saubere Waschfrau
Hafenstraße 4

Jg. Mädchen sucht Beschäft.
Ang. u. B M 33 an die Exped. d. Bl. 4100

10 Mark
demjenigen, der einem älteren Ehepaar eine Wohnung in Krempelsdorf oder Nebenstraßen der Fackenburger Allee nachweist.
Ang. u. F R a. d. Exp. (4108

Eingr. Blockwagen neu zu verkauf
4102) Dankwartsgrube 15 2. Et.

Ein gut erhaltener **Aschcimer** zu verkaufen.
4104) Hundestr. 12. 2. Et.

Zu verkauf. v. Eigent. e. Haus nahe Burgtor m. vier 3-Zimm.-Wohnungen. (4101
Angeb. u. H P 16 i. d. Exp.

Zu verk. kl. Burg m. Sold. n. 6 U. abds. Warendorpstr. 18 pt

Eine fast neue große **Burg** zu verkaufen 4082
Vorwerk, Dorfstraße 4.

Billig zu verkaufen Kaiserle-Theater, Pferdestall, Geschichtbücher u. a. m. 4118
Schwartauer Allee 193.

Zu verk. große Puppenstube m. Möb. 3 Mk., gr. Küche 2 50 Mark u. große Puppenbettstelle
4115) Klappenstr. 8 l.

Gut erhalt. **Handharmonika** zu kauf. gef. Ang. m. Pr. unter B H 115 a. d. Exp. (4110

Kauf von Säcken. (4088
B. Tesmer, Dankwartsgrube 15

Luthergemeinde.
Weihnachtsbitte.
Die Armenpflege bittet auch in diesem Jahre frdl. ihrer Notbedrückten, insonderheit ihrer Witwen und Waisen zu gedenken
Gaben nehmen entgegen:
Past. **Mildenstein**, Moisl. Allee 96
J. Schwabroh, Moisl. Allee 33
R. Reincke, Lachswehr-Allee 26.
G. Grebien, Lindenstr. 70. (4086

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Mariesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtung.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
4086) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinrichtg. stets vorrätig
Lieferung frei Haus
Fernsprecher 2734.

Arbeiter-Notizkalender 1918
Mit dem Porträt Karl Marx. Der vielseitige Inhalt ist den Bedürfnissen der Arbeiter und der Kriegszeit angepaßt. Außer dem reichhaltig statistischen Adressen-Material und sonst wissenswerten Notizen verdienen besonders hervorgehoben zu werden: Die deutschen Gemeinden vor und nach dem Kriege. — Vom guten Deutsch. — Sozialdemokratische Forderungen auf sozialpolitischem Gebiete. — Karl Marx — Die Gewerkschaften im Kriegsjahr 1916.
Preis 80 Pfg.
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Reuters Werke
4 Bände 6.— Mk.
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46

Buchdruckerei
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46
Anfertigung von illustrierten Katalogen Preislisten, Zirkularen, Formularen für Behörden und Private, Reklamedrucksachen, Familienanzeigen, Festschriften Visitenkarten, Geschäftsbüchern usw.
Verlag des „Lübecker Volksboten".
Bank-Konten: Lübecker Privatbank. Vorschuß- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck.

Elegante

MODEWAREN

Zur Vervollständigung der Bluse oder des Kleides gehört unbedingt ein chiker, moderner Kragen oder das kleidsame Fichus. Meine Spezial-Abteilung bietet hierin eine reiche Auswahl. Besonders eignen sich diese reizenden duftigen Kleinigkeiten als gern gesehenes Weihnachts-Geschenk. Meine Ausstellung im 1. Lichthof bietet besondere Vorteile. Hier einige Beispiele:

Blusen-Fichus in Tüll mit Spitze garniert **2.75**

Blusen-Fichus in Glasbatist mit Spitze und Einsatz . . **3.75**

Mod. Kragen f. Blusen u. Jacken in reiz. Ausführ. v. **95 ₰** an

Vorsteck-Schleifen in Tüll und Batist, weiß und farbig . . **95 ₰**

Kinderkragen aus gutem Rips, mit Stickerei garniert . . **1.75**

Morgenhäubchen in verschiedenen Ausführungen **3.75**

Sonntag, 16. Dezbr., ist mein Haus von vorm. 10 Uhr bis nachm. 3 Uhr ununterbrochen geöffnet

Rudolph Karstadt · Lübeck

4106

Warenabgabe

in der Woche vom 17. Dezember bis 23. Dezember 1917.

1. **Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes und die Lebensmittelkarte.**

Butter: Abschnitt 4 30 Gramm Butter zum Preise von 20 Pfg.
Speisefett: „ 4 50 „ Margarine zum Preise von 20 Pfg.
Zucker: „ 1—6 je 125 Gramm Zucker.
Mühlenfabrikate: „ 4 100 Gramm Weizengrieß zum Preise von 36 Pfg. für ½ kg
Aufstrichmittel: „ 4 125 Gramm Marmelade zum Preise von 90 Pfg. für ½ kg.

Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes sind Butter, Speisefett, Zucker, Mühlenfabrikate, Aufstrichmittel in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die Anmeldung des Bezugsrechts erfolgt ist.

Auf die Lebensmittelkarte darf nur in den auf der Rückseite der Karte vermerkten Geschäften Ware verabfolgt und entnommen werden.

2. **Auf die Wochenbezugsausweise für Militärurlauber vom 17. Dezember bis 23. Dezember 1917.**

Ganze Wochenmenge (wie bei der Lebensmittelkarte).
Halbe „ 15 Gramm Butter, 25 Gramm Margarine, 75 Gramm Zucker, 50 Gramm Weizengrieß, 75 Gramm Marmelade.

Die Ware ist in den auf der Rückseite der Karte vermerkten Geschäften zu entnehmen.

3. **Auf die Zusatzfettkarte für Schwerstarbeiter.** Abschnitt 30 45 Gramm Margarine zum Preise von 18 Pfg.

4. **Auf Butterbezugshefte.** ⅘ der höchstzulässigen Bezugsmenge und zwar 3 Teile in Butter und 5 Teile in Margarine.

Lübeck, den 12. Dezember 1917. (4097

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend die Ausgabe von Petroleum.

Auf Abschnitt 4 sämtlicher ausgegebener Petroleumkarten kann noch im Laufe des Monats Dezember 1 Liter Petroleum abgegeben und entnommen werden.

Die Petroleumhändler haben sämtliche bisher entgegengenommenen Kartenabschnitte nach Farbe und Nummern getrennt bis spätestens zum 5. Januar 1918 bei der Geschäftsstelle des Polizeiamts, Schmiedestr. 35, einzureichen und dabei zu melden, wie viel Petroleum noch in ihrem Besitze ist.

Lübeck, den 15. Dezember 1917. 4096

Das Polizeiamt.

Einschränkung des Elektrizitätsverbrauchs.

Zufolge Betriebseinstellung der Ueberlandzentrale und ungenügender Kohlenzufuhr ist eine Einschränkung der Stromentnahme dringend erforderlich geworden; auch muß mit zeitweiser Einstellung der Stromlieferung gerechnet werden.

In solchem Falle sind beim Rückgang der Spannung und beim Verlöschen der Lampen die in den Häusern befindlichen Hauptausschalter sowie die Anlasser im Betriebe befindlicher Elektromotoren sofort auszuschalten.

Lübeck, den 15. Dezember 1917. 4116

Die Betriebsbehörde.

Eine Nachtragsbekanntmachung vom 15. Dezember 1917 Nr. W. I. 1070/10. 17 KRA. zu der Bekanntmachung Nr. W. I. 1772/5. 17 KRA. vom 1. Juli 17, betreffend

Beschlagnahme und Höchstpreise von Tierhaaren, deren Abgängen, von Wollfellen, Haarfellen und Pelzen

wird durch die amtlichen Regierungsblätter, durch die Polizeibehörden sowie durch öffentlichen Anschlag und Aushang veröffentlicht.

Der Wortlaut der Nachtragsbekanntmachung ist bei den Landratsämtern, Bürgermeisterämtern und Polizeibehörden einzusehen.

Altona, den 15. Dezember 1917.

4092) Stellv. Generalkommando IX. A.-K.

Lübecker Landesausschuß f. Kriegsverletzte.

Weihnachtsnummer der Lazarett-Zeitung.

Vom 17. bis 22. Dezember 1917 findet in sämtlichen Häusern Lübecks durch Soldaten, die sich durch eine Legitimation ausweisen müssen, ein Verkauf von Schriften des Lübecker Landes-Ausschusses für Kriegsverletzte zu folgenden Preisen statt:

Weihnachtsnummer der Lazarett-Zeitung . 1.— Mk.
Geschäftsbericht des Landesausschusses . . 2.— „
„Wie gestalte ich meine Zukunft“ . . . . . 0.50 „
„Deutsches Wesen“ von Pastor Denker . . 0.50 „
„Deutsches Wollen“ von Dr. Döring . . . 0.50 „

Der Ertrag fließt der Kriegsverletztenfürsorge zu. Alle Kreise der Bevölkerung werden daher dringend gebeten, durch Kauf der wertvollen, auch zur Versendung ins Feld vortrefflich geeigneten Schriften die Kriegsverletztenfürsorge zu unterstützen.

Den Soldaten ist nicht gestattet, weitere Spenden anzunehmen. Solche werden auf Konto des Lübecker Landesausschusses für Kriegsverletzte bei allen Banken Lübecks oder durch Einzahlung unmittelbar an die Geschäftsstelle, Parade 1, Zimmer 5, erbeten. (4098

Zahn-Praxis (4085
WILLY KOCH
Lübeck, Holstenstr. 21, I.

Aerztl. Sonntagsdienst am Sonntag, 16. Dezbr.: (4094
Dr. Siering, Pferdemarkt 15.
Dr. v. Thaden, Schüsselbuden 14.
Dr. Schnoor, Schwart. Allee 47.

Theater für die Jugend.
Neue Puppenspiele
im Marmorsaal, Beckergrube.
Hänsel und Gretel
am 19., 22., 23., 24. u. 25. Dezember 1917.
Anfang 4 Uhr. Kassenöffnung 3½ Uhr nachm.
Billettvorverkauf in der Musikalienhandlung von Ernst Robert, Breite Straße. (4095

Oberrealschule zum Dom.

Zur Aufnahme neuer Schüler bin ich vom 1. bis 20. Dezember wochentäglich von 11—12 Uhr, Dienstags und Freitags auch von 5—6 Uhr im Schulhause, Musterbahn 4, zu sprechen.

Da die Zahl der Schüler in mehreren Klassen beschränkt ist, können dort nur zeitige Meldungen berücksichtigt werden. (4088

Direktor Dr. Schwarz.

Photogr. Atelier „Lubeca“ Breitestraße 13. (4084

Achtung!

General-Versammlung

der

Schweinegilde für Fackenburg u. Umg.
am Sonntag, d. 16. Dezember.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht.
2. Wahl der ausscheidenden Vorstandsmitglieder, Bücher-Revisoren und Stall-Revisoren.
3. Verschiedenes.

4103) **Der Vorstand.**

Konzerthaus
Zauberflöte.
Täglich Konzert von
Damenkapelle „Zevohra“
Anfang 7 Uhr.
4112) L. Kock.

Zu verkaufen
Getragene Taschenuhren
fast nur gute Werke unter mehrjähriger Garantie (4099
Matern, Beckergrube 26.

Stadttheater. 4104

Sonnabend, d. 15. Dezbr. 1917:

Jedermann.

Ein Spiel vom Sterben des reichen Mannes von H. v. Hofmannsthal.

Sonntag, den 16. Dezbr. 1917

D. Nachtlager zu Granada

Oper von C. Kreutzer.

Hierauf:

Die schöne Galathee.

Operette von Fr. v. Suppé.

Dienstag, den 18. Dezbr. 1917
Zum letzten Male:

Jedermann.

Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Sonntag, den 23. Dezbr.:
Anfang 6½ Uhr:
Gastspiel des Kgl. Hofopernsängers **Michael Bohnen** von der Kgl. Hofoper Berlin:

Margarethe.
(Faust.)
Oper von Gounod.

HANSA-THEATER.
Sonnabend, den 16. Dezember, abends 7 Uhr
Auf allgemeinen Wunsch: 4089
Die tolle Komtess.
Operette in 3 Akten von **Walter Kolle.**
Nachmittags 3 Uhr, Kinder-Vorstellung:
Der gestiefelte Kater.
Montag, den 17. Dezember, abends 7 Uhr:
O schöne Zeit, o selige Zeit . . .